

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Postumschlag für Deutschland 6.20 M., für Ausland 7.00 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2898.

Interests haben die achtspaltige Transportzeile oder deren Raum 1,20 M., Westenspreisen des Zeitungsdruckes Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leertungszuschlag 70 Pf., Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen 1/3 des Zeitungspreises. Interests für den demnächst folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Insertions-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Amerika vor neuen Riesenstreits.

Die Eisenbahner gegen das Streikverbot.

Rotterdam, 27. Oktober.

„Daily News“ meldet aus New York, daß die Krisis in der Arbeiterwelt einen immer größeren Umfang annimmt. Die radikalen Elemente unter den amerikanischen Arbeiterführern bekommen im Arbeiterbunde jetzt die Oberhand. Im Senat ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der Eisenbahnerstreiks verbietet. Die Eisenbahnarbeiter drohen mit sofortiger direkter Aktion, wenn dieser Entwurf angenommen wird.

Keine Kriegskreditbewilliger als Kandidaten.

Paris, 27. Oktober.

Die Sozialistische Vereinigung des Seine-Departements lehnte es gestern mit 6680 gegen 338 Stimmen bei 54 Stimmenthaltungen ab, die vier von der Kandidatenliste ausgeschlossenen rechtsstehenden Sozialisten, die die letzten Kriegskredite bewilligt haben, trotzdem auf die Liste zu setzen. Die ausgeschlossenen Kandidaten traten mit ihren Anträgen nach gestern in einer Sitzung zusammen, jedoch weicht man noch nicht, ob es zur Spaltung oder schließlich bloß zur Aufstellung einiger besonderer Listen kommen wird.

Reislose Heimbejüderung der deutschen Kriegsgefangenen aus England.

Berlin, 27. Oktober.

Die englische Regierung hat durch ihre Waffenstillstandskommission mitteilen lassen, daß die Heimbejüderung der in englischer Gewalt befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in nächster Zeit reisslos durchgeführt werde. Vor allem werde dem Wunsche der deutschen Regierung entsprechend die Entlassung der in den Abkommensgebieten Wehrmachts mit größtmöglicher Beschleunigung betrieben.

Die Konterrevolution im Osten.

Nach einer Meldung aus Reval soll General Judentich eine neue Offensive gegen Petersburg begonnen haben. Zank und schwere Gefechte unterhalten ihn bei seinem Vorwärtsschritt. Judentich soll sich geäußert haben, in spätestens vierzehn Tagen in Petersburg zu sein. Der Feindbericht der Bolschewisten hingegen weiset die Wiedererlangung von Jaroslaw, Gelo und Pawlowitz, die 15 bzw. 17 Kilometer südlich Petersburg liegen. Dadurch wäre die Verbindung Petersburg-Moskau, die Judentich am 22. Oktober bei Pawlowitz unterbrochen haben wollte, wiederhergestellt.

Bei Arasnaja Gorka sollen erbitterte Kämpfe wüten. Der genannte Ort liegt an der Kronstädter Bucht und wird von den Esten, die durch finnische Freiwillige unterstützt werden, von der Rotarmee aus angegriffen, während die britischen Kriegsschiffe die Richtung von der Seeheraus aus bombardieren.

General Judentich, der sich vor einigen Tagen an die finnische Regierung gewandt und diese um Hilfe gebittet hatte, scheint von dort eine Antwort bekommen zu haben. Die finnische Regierung soll nach einer Meldung aus Stockholm das Einverständnis abgegeben haben, obwohl auch die russische Regierung bewußt ist, Finland zum Kampf gegen die Bolschewisten zu bewegen. Die Bolschewisten melden, daß sie notwendig auch wieder gegen den General Judentich Erfolge erzielt und die Stadt Tobolsk eingenommen haben.

Wohr die Kämpfe gegen Riga zeigen neuerer Meldungen nicht vor. Das Gros der deutschen Truppen befindet sich nach wie vor in Estland, nur etwa 7000 Mann der Eisenbahn Divisionen haben sich auf dem Seeweg befinden. Es ist möglich, daß sich ein Teil der Truppen nach zum Heimwärts bewegen läßt, dazu ist vor allem anzunehmen, daß die Soldaten dem unabweislichen Einfluß der Führer entgegen werden. Das ist bisher leider noch nicht geschehen. Die deutsche Regierung hofft, daß die Soldaten, sobald sie in Grenzstrahlungszweckstellen anzuweisen werden, sich eines Besseren besinnen. Die Ausrückung dürfte es aber, daß die Speere der Finnen auch rückwärts durchgeführt wird. Bisher ist es noch nicht der Fall, vielmehr stehen den Nachschubern des Abenteurers noch eine ganze Reihe von Wegen offen, die eine Verjüngung der Truppen mit Geld, Verpflegung und Ausrüstung ermöglichen.

In Berlin sind gestern vier Agenten der russischen Armee verhaftet worden, weil ihnen nachgewiesen werden konnte, daß sie deutsche Spionen angeworben haben. Die Ver-

haftung der Werkzeuge ist aber noch keine ausreichende Maßnahme, um den Rausch zu unterbinden, da an Stelle eines ausgehenden Restes sofort ein paar neue entstehen. Wir haben schon wiederholt gefordert, daß sofort eine Urlaubssperre für die im Osten befindlichen Formationen eintreten solle. Die Behörden müssen den Befehl bekommen, unter keinen Umständen mehr Soldaten nach dem Osten zu beschicken. Bisher geschieht das noch in dem ausgedehnten Maße. Auch die Werker der russischen Armee, die von Ostland aus nach Deutschland geschickt werden, brauchen unentgeltlich die deutsche Eisenbahn, obwohl aus dem Dienstempfel der Führer keine Klar herabgeht, daß es Angehörige der deutsch-russischen Formationen sind.

Hier muß also per Kugel vorgeschrieben werden. Der Werkzeugschwindel wird dann von selbst zur Unmöglichkeit gemacht.

Aufstand im Heere Denikins.

H. N. Tolstoj, 27. Oktober.

Der Aufstand im Stoppangebiet des Doninschen Heeres hat sich in der letzten Zeit häßlich ausgebreitet. In den Gouvernements Wolzka, Starow und Belaterinsk ist ein neuer Aufstand im Gange und viele Deserteure aus dem Heere Denikins suchen sich dieser Bewegung an. In Schultze ist ein Heerführer seit einer Woche zwischen Aufständischen und Truppen, die Denikin von der bolschewistischen Front zurückgezogen hat, Kämpfe im Gange, in der Nähe von Kiew und bei Rowden sind die Aufständischen gleichfalls mit den Truppen Denikins im Kampfe begriffen.

Informationen des Innenministers.

Banknotenfabrikation für die russischen Reaktionsäre in Berlin.

Am Donnerstag voriger Woche hat der Reichsminister des Innern, Hermann Müller, in der Nationalversammlung bekannt gegeben, daß die zuständigen Stellen hinter die Fabrikation von Fälschungen für die Verrechnung der russischen Wehrarmee gekommen seien, und daß man die weitere Fabrikation des falschen Geldes unterbunden habe. Herr Müller sprach man nur zum Vortritt machen, daß er sich für seine Ausführungen falscher Informationen bedient hat. Denn bis zum Montag sind diese Fälschungen noch in großen Mengen in Berlin hergestellt worden und erst durch das Eingreifen des Volksgenossen ist es gelungen, dem Unfug ein Ende zu machen. Aus dem Bureau des Volksgenossen wird uns dazu geschrieben:

Die lithographische Anstalt Senja, Köpenicker Straße 113, hatte den Auftrag, für die „weißrussische Armee“ mehrere Millionen Zehnmarscheine herzustellen. Nach Angabe unseres Gewährmannes waren zwei Rotationsmaschinen seit mehreren Tagen mit dem Druck beschäftigt. Die hergestellten Noten haben auf der einen Seite deutschen, auf der anderen Seite russischen Text folgenden Wortlaut:

Diese Fälschungen, deren Wert durch das Heeresgut der freiwilligen Wehrarmee gesichert ist, gehen im Bereich der freiwilligen Wehrarmee als amtliches Zahlungsmittel, und werden ab 1. April 1920 von den Darlehnsstellen der freiwilligen Wehrarmee gegen Mark oder gleichwertige russische Währung eingelöst. Rückzahlungen dieser Fälschungen werden strafrechtlich verfolgt.

Nachdem der Volksgenoss von der Herstellung der Noten Kenntnis bekam, schickte er sich sofort mit einem Vertreter der U. S. B. im Reichstag in Verbindung, der das Material der Regierung übergab. Die Regierung, in der Verton des Herrn Roske, erklärte, daß sie die Noten sofort beschlagnahmen lassen werde. In den Nachmittagsstunden wurden insofern die fertigestellten Noten vernichtet. Wir hoffen, daß die Regierung aufmerksam den Dingen folgt, so daß eine Verhinderung der beschlagnahmten Noten nicht möglich ist.

Der Volksgenoss ist weiteren Druckereien, die mit der Herstellung von Noten beschäftigt sind, auf der Spur.

Das Befinden des Genossen Haase.

Der Patient hat die Operation gut überstanden. Der Allgemeinzustand ist verhältnismäßig zufriedenstellend. Die Temperatur betrug gestern Abend 37,4. Genosse Haase ist bei vollem Bewußtsein, ruhig und schlaf.

Der militärische Lügenapparat.

Das „Berliner Tageblatt“ brachte Ende September eine Meldung aus Stettin, in der gesagt war, daß das dortige Generalkommando eine Nachrichtenstelle unterhalte, die sich damit befasse, die Zivilbehörden zu belästigen und Nachrichten über sie anzufertigen. Die „F. F. N.“ waren stets bei der Hand, diese Tatsachen abzustreiten und dabei der „Freiheit“, die die Nachricht wiedergegeben hatte, eins auszumischen. Das Generalkommando konnte also keine gegenwärtige Tätigkeit auch fernwärts ungehindert ausüben. Welcher Wert den von ihm angefertigten Spitzberichten beizumessen ist, mag aus folgendem Dokument hervorgehen:

II. Armeekorps. Generalkommando. Stettin, den 20. August 1919. Abt. I d. Nr. 208.

Die Zustände in Stargard erfordern nunmehr ein energisches Eingreifen der Regierung, wenn nicht die Autorität aller Behörden vollständig untergraben werden soll.

Ohne sich irgendwie um Recht und Gesetz zu kümmern, schaltet die U. S. B. vollkommen nach ihrem Gutdünken.

So ist von ihr eine Bohrungsaufstellungsmission erzwungen worden, die aber weder von der Stadt noch von einer anderen Behörde anerkannt ist. Unter den Mitgliedern dieser Kommission besaß sich auch ein gewisser Gackbart, der kurze Zeit nach Aufnahme seiner Tätigkeit auf Grund der dabei gemachten Ermittlungen mit zwei Genossen einen Einbruchsdiebstahl verübte, wobei alle drei verhaftet wurden. Es ist anzunehmen, daß der Verbrecher Gackbart aus der Eisenbahnwerkstätte auch davon beteiligt war, da er über alle Einzelheiten des Einbruchs orientiert ist. Was gegen ihn verwandt ist, ist dem Generalkommando nicht bekannt.

Von der Kommission, die aus vier Mitarbeitern der Eisenbahnwerkstätte besteht, sind dauernd zwei Mitglieder zur Nachforschung unterwegs und werden, trotzdem die Kommission nicht anerkannt ist, von der Werkstätte bezahlt, obwohl sie nicht arbeiten. Das Generalkommando ist der Ansicht, daß diese Zustände unmissig gebildet werden können und daß energisch dagegen eingeschritten werden muß.

Leiter der Vertrauensleute der Eisenbahnwerkstätten ist ein gewisser Laugisch, der sich nur beläugelt, wenn seine eigene Person und sein Vorteil dabei in Frage kommt.

Vor einigen Tagen erbat sich der Bohrungsaufstellungsleiter aus der Werkstätte einige Reisten als Kommissarhüte, erhielt sie jedoch nicht. Die Vertrauensleute, die dies erfuhren, verlangten daraufhin seine sofortige Entlassung.

Am selben Tage brachte Laugisch zwei Wagenräder in die Werkstätte und zwang den Stellmacher Köhler, ihm in diese neue Speichen einzufügen. Er blieb so lange dabei stehen, bis die Arbeit fertig war, verjämte also den ganzen Vormittag seine Arbeit.

Laugisch spielt sich überhaupt schon vollkommen als Leiter der Eisenbahnwerkstätte auf. Er arbeitet selten oder nie, geht nur durch die Werkstätte und heißt die Arbeiter auf. Diejenigen, die nicht im D. S. B. oder U. S. B. sind, nimmt er hierbei besonders aufs Korn. Er zwingt sie, dem Verbands- oder der Partei beizutreten, andernfalls würden sie herausliegen.

Eine weitere Stellungnahme zu diesen Zuständen erübrigt sich von Seiten des Generalkommandos:

Für den Chef des Generalkommandos:
gen.: von Hattenhausen, Major.

Das Generalkommando Stettin hielt die in dem Schreiben angeführten Vorgänge für so außerordentlich wichtig, daß es die Kommandostelle Stolberg (früher Großes Hauptquartier), das D. S. B., das Kriegsministerium, den Reichswehrminister, den Minister des Innern, den Minister der öffentlichen Arbeiten und das Generalkommando Küttwig, das bei derartigen Vorfällen wirklich nicht fehlen darf, in Kenntnis setzte. Dieser von-hoher Aufwand stand aber in keinem Verhältnis zu dem, was in Stargard tatsächlich vorgegangen war. Der Minister des Innern erlaubte sich nämlich, die kriegsministerialen Verhandlungen des Generalkommandos einer Nachprüfung unterziehen zu lassen, und dabei stellte es sich heraus, daß sie von A bis Z erfunden waren. Der Oberbürgermeister von Stargard ließ darüber an den Minister des Innern einen Bericht ergehen, in dem es heißt:

Unrichtig ist auch mit dem Bericht, daß die Darlegungen des Generalkommandos, soweit sie unserer Nachprüfung unterliegen, eine wenig interessante Kenntnis der kriegsministerialen Verhältnisse ergeben. Aufheuernd beruhen sie auf Mitteilungen einer zum mindesten sehr wenig sorgfältig unterrichteten Stelle.

Weiter wird in dem Schreiben ausgeführt, daß die U. S. B. D. unter den Eisenbahnern in Stargard einen großen Einfluß ausübe. Der Führer einer der Stütz-

berordneter Oberst, sei bei allem Temperament der Meiste
sich darauf bedacht gewesen, nur in der zu verhalten
und er habe sich im unmaßlichen Besitz mit der städti-
schen Behörde bei allen schwierigen Situationen als durchaus
zuerkennender Mann erwiesen. Die Klagen der Eisenbahner
rührten sich in der Hauptsache gegen die große Wohn-
nungsnot, ihrer dringenden Bitte, die Kasernen
freizugeben, sei leider bisher noch nicht stattgegeben worden.
Die in dem Bericht des General-Kommandos erwähnten
Kommissionen beschäftigten sich in der Hauptsache mit
der Lösung der Wohnungsnot, und sie lösten ihre gegen-
seitige Tätigkeit im guten Einvernehmen mit den städtischen
Behörden aus. Besonders habe der Stadtverordnete Albrecht
das in ihm gelebte Vertrauen in jeder Weise geschätzig.
Nachbarth sei nur vorübergehend Mitglied der U. S. W.
gewesen und dann aus der Partei ausgeschlossen worden.
Der am schwersten bedrückte Eisenbahner Langsch ge-
höre nicht zur U. S. W., sondern er sei Mitglied der
S. P. D. und die gegen ihn erhobenen Vorwürfe seien ohne
Beweis ebenfalls unzutreffend. Der Bericht schließt:

Von weiterer Stellungnahme zu dem Bericht des General-
Kommandos sehen wir ab. Inbalden muß doch nach dem Vorliegen
die Frage beantwortet werden, in welcher Weise die Nicht-
stellung solcher entstellten Berichte erfolgt
und ob nicht, wenn solche schiefen Darstellungen und
unbekannter militärischer Gewährsmänner als
amtliche Berichte über Sachstände und Verhältnisse an die maß-
gebenden Stellen anläßt werden, hingegen die Interessen
der Zivilbehörden geschützt werden können. Es
würde jedenfalls ein wenig erfreulicher Zustand, wenn
solche Berichte zu einer dauernden Einstellung würden
und gegebenenfalls, ohne daß man, wie hier die Möglichkeit der
Fälschung und Verächtlichmachung, als Berichte über Stargard einen
nachteiligen und die Stadt schädigenden Einfluß aus-
üben könnten.
ges.: Kolbe, Oberbürgermeister.

Das General-Kommando Strölin hat sich also bei der
maßgebenden Stargarder Behörde eine ganz gehörige Mö-
gung geholt. Sein Rundschreiben und die Antwort des
Oberbürgermeisters sind zwei charakteristische Dokumente
vorherer Zeit. Der Fall Stargard steht natürlich nicht ver-
einzelt da. Die militärischen Nachrichten sind über
das ganze Reich ausgebreitet und die von ihren Spiegeln
gelieferten Berichte sind von der gleichen Ungleich-
maßigkeit getrieben, wie der Bericht des General-
Kommandos Strölin. In gewissenhafter und leistungsfähiger
Weise werden von den militärischen Behörden die Vorkämpfe
auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete umgefaßt,
um die Notwendigkeit einer starken Truppenmacht zu er-
weisen und eine Grundlage zu einem bewaffneten Wider-
stand gegen die Arbeiterbewegung zu bekommen. Das System
Nicolai, das während des Krieges so entsetzlichen
Schäden angerichtet hat, ist von der neuen Wehrmacht un-
berührt übernommen worden. Unser politisches Leben
wird nicht eher geändert, als bis es von diesem Unge-
heueren befreit ist.

Schweigen und Ausreden.

Der Bericht des Generals von Oldershausen.

Unsere Veröffentlichung des persönlichen Berichts des
Reichswehrgroupenkommandos I wird, wie wir bereits in
unserer Besprechung des Dokuments voraussetzten, von der
Presse totzuschweigen gesucht. Nur ganz wenige
Blätter beschäftigen sich mit ihr. Dazu gehört natürlich der
„Vorwärts“ nicht. Er nimmt von diesem Dokument
der militärischen Annahme und des militärischen Macht-
bewusstseins keine Kenntnis. Er wagt es weder seinen
Lesern mitzuteilen, daß diese an dem ganzen Unglück
Deutschlands schuldigen Kreise bereits seit langer Zeit
in jeder sozialer Macht besitzen, um daran denken zu können,
ihre alte Willkürherrschaft wieder anzurichten, noch denkt er
daran, die verfassungsmäßig garantierten Rechte irgendwie
zu verteidigen. Er ist anhängend mit allen den beabsichtigten
Schandakten, Streikverbot, Abbau der Arbeitslosenunter-
stützung, dauernde Verhängung des Belagerungszustandes
über das ganze Reich, ganz einverstanden.

Von den demokratischen Blättern ist es nur die Berliner
„Volksgesinnung“, die ihren Lesern Kenntnis von dem
Inhalt des Dokuments gibt. Sie fordert, daß die National-
versammlung sich eingehend mit der militärischen Willkür be-
schäftigen müsse, da es auf keinen Fall angehe, daß ein mili-
tärisches Kommando an der Regierung, an ihren Maßnah-
men in derartigster Weise Kritik übt, wenn wir nicht an einer
katastrophenpolitisch mitschuldig werden wollen.
Von den rechtsparteilichen Blättern ist es der „Vokal-An-
zeiger“, der den Inhalt des Dokuments ausgedehnt
wiedergibt, dabei aber schamvoll unterschlägt, daß die Aus-
dehnung des Belagerungszustandes auf das ganze Reich und
keine dauernde Verhängung gefordert wird.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bestä-
tigt die Mithridat des Dokuments, in dem sich allerdings
einige Druckfehler befinden, behauptet aber im Widerspruch
zur Wahrheit, daß wir dem Bericht die Bedeutung eines
Programms der amtlichen Stellen beige-
messen hätten. Das ist uns gar nicht eingefallen, wir haben
im Gegenteil sehr deutlich betont, daß dieses Dokument ein
Beweis für den verhängnisvollen starken politischen Einfluß
der Militärs sei, der auf der Regierung lasse. Das wagt sie
nicht zu bestreiten, nimmt aber sonst den Herren v. Olders-
hausen in Schutz, so daß wohl kaum ein Zweifel daran bleibt,
daß das, was heute noch zur Forderung der Militärs ist,
blauen kurzem Programm der Regierung sein wird, da sie
es ja nicht wagen kann, sich dem Druck der militärischen
Wahlhader zu widersetzen.

Verkehrs- und Kohlennot.

Interessante Einzelheiten über die Zustände in der
Kohlenverwertung und im Verkehrswesen wurden
auf der Sitzung abgehaltenen Tagung des preussisch-berliner
Kohlenwirtschaftsverbandes bekannt. Es wurden dort Beschreibungen
mitgeteilt, nach denen die von den Boden gelieferten Kohlen so
schlecht seien, daß nur etwa 60 vom Hundert verwendet werden
können. Durch diese so geringere Ausbeute würden sich gegen die
jetzigen Kohlenpreise 20 Millionen Zentner Kohle oder 60 Mil-
lionen Mark jährlich ersparen lassen.

Der Kohlenhandel an Ostpreußen wurde von
einem Vertreter des Eisenbahnministeriums auf 23 650 an-
gegeben gegen 21288 im Frieden. Davon sind 12856 be-
trifft die Eisenbahn, davon 1000 die im Frieden durchlaufene

in Reparatur waren. Es fehlt an guter Arbeit.
Schwierig ist auch die Materialbeschaffung. Nicht wenige, son-
dern fast alle Reparaturen ist nötig.

Von großem Ernst ist noch wie vor das Kohlen-
problem. Die letzten Berichte lassen erkennen, daß die Kohlen-
preise in Preussisch-Brandenburg nur für vier Tage
Kohlen liefern. Das sind unzulässige Zustände, die zur Kata-
strophe im Verkehrsleben führen müssen. Es kann deshalb nicht
genug die Aufmerksamkeit und die ernste Anstrengung aller
hier in Betracht kommenden Stellen verlangt werden.

Der Hausknecht.

Im „Vorwärts“ lamentiert in der gestrigen Abend-
ausgabe an leitender Stelle ein Herr Spiegelberg über
„Grenzen des Gastrechts“. Der Artikel müßte richtiger
heißen: „Phantasien eines Hausknechts“, denn nach Stil und
Inhalt entspricht er dem Notizen eines herrschaftlichen Die-
ners, der nach Empfang eines reichlichen Trinkgeldes bereit
ist, jedem Fremden an die Gurgel zu springen. Der Haus-
knecht im „Vorwärts“ schimpft über alle und jeden: über
die „fremden“ Arbeiter, die den deutschen Arbeitern das Brot
wegnehmen; über die Einwanderer aus Rußland, Polen und
Galicien, vor allem aber über die russischen Sozial-
isten, die als Vertreter des „Tariarensozialismus“ nach
Deutschland kommen und das arme deutsche Volk verführen.

Wenn dessen wärmte Vertreter in fanatischem Eifer in
unser armes gerütteltes Land bringen, um hier die letzten Funken
unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu unter-
graben, so muß dagegen ganz energisch Front ge-
macht werden, und die Herren Volkswelt dürfen sich nicht be-
klagen, wenn wir ihnen das Gastrecht kündigen und von unserem
Gastrecht den geeigneten Gebrauch machen.

Hätten wir die Heberzeugung, daß einem Pade Pade Unrecht ge-
schehe, so würden die deutschen Arbeiter einmütig aufstehen und
für das verlebte Recht eintreten. Daß dies nicht geschieht, zeigt,
daß man allgemein den Wunsch hat, von solchen unangeneh-
men Gästen auf die beste Art befreit zu werden. Je eher wir
diese ungeliebten Gäste wieder in ihre russischen Gefilde ab-
schleppen können, um so besser ist es für uns. Unseren Bedarf an Welt-
revolutions-Aposteln können wir im eigenen Lande ausreichend
decken.

Es entbricht dem Nöcken des ganzen Schimpfartikels, daß
Herr Spiegelberg sich schließlich mit den antisemitisch-dawo-
nistischen Artikeln Winnigs solidarisch erklärt. Aller-
dings möchte er ihnen — wohl aus Rücksicht auf jüdische
Geldgeber — die antisemitische Spitze nehmen, indem er
erklärt, Winnig hätte glücklicher operieren können, wenn er
die Frage nicht auf das rassenpolitische Gebiet hinüberge-
lenkt hätte.

Es ist russische Juden oder jüdische Russen sind, die unser
Wirtschaftsleben unterminieren, kann für einen Sozialisten
keine Rolle spielen. Was wir verlangen können, ist, daß Ange-
hörige anderer Nationen, wenn sie zu uns kommen und an unse-
rem Herd Teil nehmen wollen, diejenigen Anstandsregeln einhal-
ten, die unter gebildeten und gestützten Menschen Gemeingut sein
sollten.

Aber ist uns als Gast willkommen, aber er muß unsere Sitten
und Gebräuche achten und immer der Tatsache eingedenk sein, daß
seine Nähe unter einem fremden Tisch ruhen. Will er das durch-
aus nicht begreifen, so muß es ihm begehrt werden, indem man
ihm zeigt, wo der Hammer an das Loch gelassen hat.

Jetzt's Wort der Polemik gegen diese Schimpfereien er-
füllt sich. Wir fragen nur: welche neue Tauschei, welche
neue Gemeinheit ist in Vorbereitung für die der „Vorwärts“
nun als Einseitiger auftreten muß?

Unerhörte Provokationen.

Wir wiesen schon darauf hin, daß die Vorgänge auf der
Grube Leopold bei Bitterfeld ein Kupferbe-
spiel für die Art darstellen, wie man durch — wenn es ge-
lände zu sagen — ungeschicktes Eingreifen durch
Vertriebsleitungen und Behörden Konflikte von weittragen-
der Bedeutung in der leichtfertigen Weise heraus-
fordert. Weitere Taktiken über die Entlohnung der Be-
wegung beschäftigen das Volkswesen.

Auf der Grube Leopold erfolgte die Arbeitsein-
stellung am 17. und 18. d. M., nachdem der Vertrauens-
mann Rauchfuß, dessen Entlassung von Anstoß zum
Streik gegeben hatte, um die Mittagszeit aus dem Betrieb
abgelassen war. Schon am Sonnabend vormittag rückten
Truppen in den Betrieb ein. Ein Panzerzug, zwei
Kompanien Infanterie und eine Schwadron Manen mit
dem nötigen Zubehör an Mordmaschinen bildeten die
Kerntruppe, der inzwischen weitere Aufgebote gefolgt sind.
Unter ihrem Schutz nahm am Sonnabend nachmittag ein
Trupp der „Technischen Rothilfe“ in Stärke von
etwa 150 Mann die Arbeit in der Grube auf.

Nach dem Erscheinen der „Technischen Rothilfe“ handte
die neue Betriebsleitung, die Militärgewaltigen,
die an Stelle der Direktion auch alle Verhandlungen mit
den Vertrauensleuten der Arbeiter führen, die Zeit sei ge-
kommen, um gegen die ausschließliche Arbeiterkraft der Grube
schärfere Maßnahmen anzuwenden. Zunächst ver-
bot man, die in den Baracken der Grube wohnenden Ar-
beiter, zumeist Ausländer, durch Zugang zur Aufnahme
der Arbeit zu bewegen. Unter diesen Arbeitern befanden
sich Desterrreicher, die, nachdem sie einer Aufforderung
zur Aufnahme der Arbeit keine Folge gegeben haben, ihre
Papiere bekommen, unter militärischer Bedeckung zur Bahn
geleitet und in ihre Heimat abgehoben wurden. Eine
größere Anzahl russischer Arbeiter wurde von den Baracken
aus durch Bewachung zur Grube getrieben, und als sie auf
dem Wege dorthin umkehrten, mit Knoschen und
Bajonetten in die Gruben getrieben. Alles
das, um das durch den Streik gestörte Gleichgewicht zwischen
den Interessen der Gesellschaftsklassen und der Gesamtheit
wieder herzustellen, angeblich das humane Ziel aller Be-
mühungen der Regierung auf sozialem Gebiete.

Die Arbeiterkraft machte die Anerkennung folgender
Forderungen zur Bedingung für die Wiederaufnahme
der Arbeit: Abschaffung des Prümlensystems, Bezahlung der
Streikstunden, Wiedereinstellung des Vertrauensmannes
Rauchfuß, Entlassung von neun näher bezeichneten Beamten
und Kündigung und Verweil des Betriebsrats, weil der
gegenwärtige, zum großen Teil von Beamten besetzte Be-
triebsrat die Entlohnung von Rauchfuß gestillt hatte. Die
Führer des militärischen Kommandos erklärten den ver-
bundenen Vertrauensleuten, daß sie diese Forderungen
nicht bewilligen könnten. Da die verbundenen
Vertrauensleute des Bestrebens hatten, den Konflikt
beizulegen, wenn sie in einigen Punkten nach

Verstehen lie auf die Wiederaufnahme des Prümlensystems,
da diese Forderung nicht in unmittelbarem Zusammenhang
mit dem Streik stand. Ferner gaben sie die Verantwortung der
Entlassung der neun Beamten auf. Dagegen erklärte sich
die Direktion bereit, sich für die Bezahlung der Streik-
stunden sowie für die Wiedereinstellung Rauchfuß in er-
höhter Weise zu verwenden, so daß es als sicher angesehen
werden kann, daß beides in einer Form erfolgen wird,
die den Wünschen der Arbeiter entgegen-
kommt, ohne das Prümlensystem der Direktion zu ver-
leihen. Strittig ist noch die Haftentlassung von Rauchfuß,
und für diesen Punkt gilt das Ultimatum, daß
Rauchfuß bis Mittwoch zu entlassen sei, wenn ein
allgemeiner Streik im Braunkohlenrevier
Mitteldeutschlands vermieden werden soll.

Einstweilen nahmen die Arbeiter der Grube Leopold
die Arbeit am Montag früh 6 Uhr wieder auf. Für den
Fall der vollständigen Aufnahme des Betriebes war den
Vertrauensleuten die Zurückziehung der Truppen zugesagt
worden.

Der deutliche bewusste Wille der Arbeiterkraft zu einer
ruhigen Beilegung des Konflikts zeigt wieder, wie unendlich
die Provokationen durch Truppen und „Technische Rothilfe“
waren. Kommt es in Mitteldeutschland nicht zu einem
ernsthaften Konflikt, so ist das wahrlich nicht der Einsicht
und Anstalt der Behörden und der Betriebsleitung zu
danken.

Ende des Streiks in Bitterfeld.

Berlin, 27. Oktober.

Auf der Grube „Leopold“ bei Bitterfeld haben die Arbeiter
die Arbeit wieder aufgenommen. Die Technische Rothilfe hat da-
her ihre Mitglieder zurückgezogen. — Die Angehörigen und
Arbeiter der Kleinbahnen in der Umzeit, deren Betrieb bisher
von der Technischen Rothilfe aufrechterhalten wurde, haben die
Arbeit wieder aufgenommen. Die Technische Rothilfe hat daher
ihre Mitglieder auch hier abgerufen.

Ebert wird „gezügelt“.

Der Ausnahmezustand über einen Teil Thüringens
verhängt.

B. L. B. meldet:
Kassel, 27. Oktober. Mit Wirkung vom 27. Oktober,
12 Uhr mittags, hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48
der Reichsverfassung in den Bezirken Kreis Schleusing, Land-
kreis Oberhof, Stadt Jella-Mehlitz den Ausnahme-
zustand verhängt. Grund: Waffenbesitz, Gewalttätige
Taten und andere ungesetzliche Handlungen. Truppen
sind an Ort und Stelle eingetroffen.

Es entzieht sich unser Kenntnis, ob die in dieser Mel-
dung behaupteten Tatsachen für die Verhängung des Aus-
nahmezustandes irgendwelche Begründung habe. Aber auf
alle Fälle ist interessant, daß unsere wiederholten nachdrück-
lichen Darlegungen, daß der Belagerungszustand jeder ge-
setzlichen Grundlage entbehrt, nun durch diese Anordnung
des Reichspräsidenten ihre Bestätigung finden. Das ist um
so bemerkenswerter als Roske ja noch immer mit dem Ver-
gleich über den Belagerungszustand von 1851 herumhantiert
und noch vor wenigen Tagen über Schmalkalden auf Grund
dieser Bestimmungen der Belagerungszustand verhängt
wurde. Durch diese Verordnung Eberts muß die Regierung
nun selber zugestehen, daß sie sich bisher einer krassen
Gesetzesverletzung schuldig gemacht hat. Das aber
wird sie wenig kümmern, Gesetzesverletzungen gehören zu
dem besten Mittel ihrer kümmerlichen Regierungskunst.

Aufforderung zum Steuerstreik.

Seht, wo sich der Patriotismus der Besitzenden im Steuerzah-
len zeigen soll, teilt ihre unerhörte Meinung gegen alle
Steuern trotz hervor. Mit allen Mitteln suchen die Besitzenden die
Lasten von den tragfähigen Schultern abzuwälzen und den Min-
derbemittelten zuzuschreiben. Eine neue Tonart in diesem Kampf
hat der Reichshof Paulhaber auf dem Münchener Katholik-
festtage angeschlagen. In einer außerordentlich reichhaltig aufge-
nommenen Rede über das Thema: „Religion und Kirche in
öffentlichen Leben“ erklärte er u. a., daß jeder Volksgläubige das
Recht habe, den Steuerbeitrag zu verweigern, da die Gottesgläu-
bigen durch den Eid bis auf den letzten Pfennig gesamt und bei-
stehen würden, während die Freireligiösen nicht in Gefahr
kämen, wegen Meinungs geist zu werden.

Neben der Unberücksichtigung, mit der dieser kirchliche
Hof seine Schläge gegen beherrschende Anordnungen und Gesetze
auszuführen sucht, ist auch seine Unkenntnis bemerkens-
wert. Es ist selbstverständlich falsch, daß eine Verletzung wegen
Steuerhinterziehung abhängig ist von der Leistung oder Verwei-
gung des Steuerbeitrages. Jeder, der unrichtige Angaben über
sein Vermögen oder sein Einkommen macht, ist strafbar. Und wenn
bei dieser Sachlage der kirchliche L. Mensch zur Verweigerung
des Steuerbeitrages auffordert, und zwar mit der eben wiedergegebe-
nen Begründung, so kann man darin wohl nicht anderes sehen
als eine nur schlecht verhängte Aufforderung, bei der Angabe des
Einkommens oder des Vermögens nicht allzu gewissenhaft vorzugehen.
Seine Hörer dürften wohl nicht unterlassen dieser Mahnung ihres
Herren zu folgen, kirchliche Absolution ihres verkehrten Tuns
ist ihnen ja sicher.

Die weitere Tätigkeit des Untersuchungs- auschusses.

Der zweite Untersuchungsausschuss (Sto-
demöglichkeiten) wird seine Tätigkeit Freitag, den
31. Oktober mit der Vernehmung des früheren Reichsan-
walters von Bethmann Hollweg fortsetzen. Da der
Sitzungssaal des Herrenhauses für die Verhandlung nicht
verfügbar ist, werden die Sitzungen im Saal 12 des
Reichstagsgebäudes stattfinden.

Christen!

Der Stud. med. W. hatte während der Antwortwochen an
einem Tage im Uffershaus Sammlertruppen geleitet.
Angehörige der Polizei wie Regimentsstruppen erlaubten sich
gleichmäßig seiner Offiziersstellung. Die 7. Strafkammer beim Land-
gericht I. Berlin, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Wei-
ger, hat ihn deshalb jetzt wegen Aufzucht zu 6 Wo-
chen Gefängnis verurteilt. Er hätte die verwandten Re-
volutionäre verkommen lassen müssen, dann hätte er vielleicht
seiner „Recht“ gehandelt.

Eine Rede Otto Bauers.

In der österreichischen Nationalversammlung hielt Genosse Otto Bauer eine Rede, in der er den schwersten Problemen des Landes auf den Grund ging und den Zusammenhang der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse mit überzeugender Klarheit darlegte.

Wir geben hier die wichtigsten Stellen der Rede wieder: Der Regierung gehören einseitig unserer Partei gemessen an. Die über unseren Reich und mit unserer Zustimmung in die Regierung eingetreten sind, und die alle unser volles Vertrauen genießen. Aber obwohl dem so ist, wünschen wir mit aller Offenheit festzustellen, daß wir in dieser Regierung sehr unzufrieden sind.

Keine sozialistische Regierung

sehen, und daß wir uns vollkommen bewußt sind, daß die Politik, die diese Regierung bei den gegebenen Machtverhältnissen in diesem Staate und in Europa zu machen gezwungen sein wird, keine sozialdemokratische Politik sein wird. Was wir aber allerdings von ihr verlangen, ist, daß sie

eine gut demokratische, eine wahrhaft republikanische,

eine Regierung sozialistischer Sozialpolitik sei (Beifall bei den Sop.), daß sie alle Kräfte daranehe, nicht mit Worten bloß, sondern mit Taten, mit schnellen und energiegelassen Taten, jenes großen finanziellen und wirtschaftlichen Problem zu lösen, so gut es eben lösbar ist, von dessen Lösung für unser Volk heute die einfache, nothwendige Lebensmöglichkeit abhängt (Zustimmung bei den Sop.)

Genosse Bauer kam dann ausführlich auf die Anschuldigung zurück, stellte fest, daß der Anschuldigung nun endgültig wehret sei und fuhr wörtlich fort:

Es bleibt nichts anderes übrig, als uns darauf einzulassen, daß wir auf absehbare Zeit allein bleiben müssen. Und das ist das Problem, wie wir das Alleinsein ertragen können, wie wir uns mit uns darüber hinwegsetzen können, um uns die Lebensmöglichkeit zu sichern. Ich gebe zu, daß je weiter wir von dem Kräfte wegkommen, desto günstiger auch unsere Aussichten sind. Aber das, was unsere organische Lebensunfähigkeit bedeutet, ist der unzureichende Widerspruch zwischen unserem Importbedarf und unserer Exportfähigkeit, und daran wird sich von heute auf morgen und vielleicht für Jahrzehnte nichts ändern.

Im weiteren Verlauf seiner Rede besprach Genosse Bauer eingehend die finanztechnischen Maßnahmen, die zur Bewandlung der Verhältnisse ergriffen werden müssen. Das freie Spiel der Kräfte könne die Lösung nicht bringen, ein festes, energieloses, regelndes Eingreifen des Staates sei notwendig. Wörtlich sagte Bauer:

Ich bin, wie der Staatsrechtler für Finanzen, davon überzeugt, daß es eine unserer dringlichsten Aufgaben ist,

die Notenpresse stillzulegen

und die Möglichkeit zu schaffen, Anleihen im Inland zu begeben. Aber ich zweifle, ob man dieses Ziel dadurch erreichen wird, daß man das Publikum davon zu überzeugen sucht, daß die Schatzkammer eine viel verlockendere Kapitalanlage ist und daß die Möglichkeit ihrer Eskalation gesichert bleibt. Ich würde, daß unter den Umständen, unter denen wir leben, das Ziel, von der Notenpresse wegzukommen, solange wir als andere Alternativen Steuererhöhungen und freiwillige Inlandsanleihen vor uns sehen, nicht erreicht werden kann. Wir glauben, daß man auf ein anderes Mittel kaum wird verzichten können, als auf das, was

als Zwangsanleihe

bezeichnet und was nichts anderes ist als das Recht des Staates, von denen, die verfügbare Mittel haben, diese Mittel in Anspruch zu nehmen für öffentliche Zwecke. In diesem Falle nicht einmal als Steuer, als Abgabe, sondern als Darlehen gegen Zins. Für uns steht die Vermögensabgabe im Mittelpunkt des ganzen staatsfinanziellen Problems.

Genosse Bauer betrachtet das finanzielle Problem, das nicht nur ein Ausschnitt des volkswirtschaftlichen, sondern auch des sozialen Problems sei und mit ihm im allerengsten Zusammenhang stünde. Er schildert in eindringlichen Worten die psychologische Verschaffenheit der Arbeiterschaft, in der durch den furchtbaren Dreck des Krieges ein wilder Groll, ja Haß und Rachsucht, lebe:

Unsere Arbeiterschaft hat den alten Staat zusammenbrechen gesehen, sie hat die politische Revolution empfangen mit der Hoffnung, daß sie ihr auch die soziale Befreiung bringen wird, und sieht nun ihre Hoffnung scheitern, nicht an der Völlerei der Menschen, sondern an den unerlöschlichen Tatsachen des Wirtschaftslebens, die ihrer Wünsche Erfüllung hindern. Aber das erzregt in ihr noch keine Stimmung der Verzweiflung, der Enttäuschung und der Enttäuschung. Das ist die Klasse, der Sie gegenüberstehen, und man kann dem Budget nicht reden, wenn man nicht versteht, daß die Finanzpolitik auch

ein Problem der Behandlung dieser Klasse

ist, von deren Stimmung ich gesprochen habe. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die fortschreitende Verteidigung der finanziellen Interessen des Staates ist nicht nur von den Mitgliedern der Regierung geleistet worden, sondern ist ausschließlich gelungen durch das

bewundernswürdige Maß von Mäßigung und Einsicht,

das alle diese Bemühungen in erster Linie bei den Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter und Angestellten und weiter bei der Klasse der Arbeiter und Angestellten selbst gefunden haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Genosse Bauer wendete sich dann gegen die Verständnislosigkeit der besitzenden Klasse der herrschenden Lage gegenüber:

Jede Finanzreform ist bedingt dadurch, daß die Massen sehen, daß die notwendigen und großen Opfer auch und vor allem von den besitzenden Klassen verlangt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Selbst eine unermessliche Koalition, wie der Verkauf gewisser Anstalten an das Ausland, hat die große Aufregung hervorgebracht, als ob die besitzenden Klassen und demonstrieren wollten, daß

sie nicht einmal Opfer ihres Wohlstandes zu bringen bereit seien (Weiterkeit) in einer Zeit, die von den Arbeitermassen ganz andere Opfer erfordert. Gehen Sie in die Arbeiterwelt und schauen Sie sich die Frauen und Kinder, die Wohnungen und Werkstätten dort an, betrachten Sie das Maß dieser Opfer und fragen Sie dann, ob wirklich den besitzenden Klassen durch unsere Vorschläge gar so viel zugemutet wird.

Wir wissen, daß wir unserer Bevölkerung, der Arbeiterschaft und den Angestellten weiter die immerhin Opfer und Entbehrungen auferlegen müssen, daß es nicht anders geht. Wie gehen wir auch der Arbeiterschaft und den Angestellten tagtäglich in unseren Verordnungen, über ihnen sind wir zu sagen verpflichtet, daß diese furchtbaren Entbehrungen und Opfer, die der Arbeiterschaft zugemutet werden, nur ertragen werden können, wenn sie endlich sieht, daß von allen Opfern gebracht werden müssen und von denen, die bisher leistet und vom Geld begünstigt waren, in allererster Linie und in größtem Maße. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Damit ist das Problem der Vermögensabgabe kein bloß finanzielles

volkswirtschaftliches, es heißt wirklich das ganze soziale Problem darin. Nur dann wird unsere Bevölkerung das Los, das ihr zugemutet ist, überhaupt, wenn auch schmerzhaft, aber doch schließlich ertragen können, wenn Sie diese Vermögensabgabe zu mehr gestalten, als das deutsche Reichsnoteopfer ist, wenn Sie sie wirklich

zu einem Opfer im großen Maße

der Besitzenden zu gestalten verstehen, zu einem Mittel wenigstens zu einer zeitlichen Ausdehnung der großen Vermögen und sozialen Gegenstände in unserer Gesellschaft.

Zum Schluß kam Genosse Bauer in glänzenden Sätzen auf die erste Vorbedingung der ökonomischen Gesundung überhaupt zu sprechen:

Aber wahr ist schon, was man so oft sagt, daß wir nun wieder emporkommen können

durch produktive Arbeit.

Aber produktive und intensive Arbeit ist doch kein bloß mechanischer Prozeß, sie ist ein psychischer Prozeß, ein Prozeß, der geleistet werden muß von menschlichen Gehirnen und menschlichen Händen. Produktive Arbeit kann nur gedeihen, wenn der Arbeiter sie leisten kann mit williger Hand, mit leichtem Sinn und froh-

Arbeiter- und Betriebsräte! Arbeiter- und Angestelltenvereine aller Industriegruppen Groß-Berlins!

Mittwoch, den 29. Oktober, abends 6 1/2 Uhr Große Versammlung

in den Kammerkellen, Teltowerstr.

Tagesordnung:

Der Kampf in der Metallindustrie und die geplante Rechts- und Lohnsetzung der Arbeiter und Betriebsräte aller Industrien.

Der Vollzugsrat

Nach. Müller, G. Heinen

lichem Dingen. Bringen Sie unsere Arbeiterschaft erst in die Lage, daß sie so arbeiten kann, dann werden die Arbeiter und wirklich emporkommen! Bringen Sie die Arbeiterschaft in die Lage, daß sie nicht mehr im Dienste einer fremden, von ihr als feindlich empfundenen Gesellschaftsordnung arbeitet, sondern daß diese Industriebetriebe, in denen sie tätig ist, wenigstens zum Teil, so wie ich es mir wünsche, Mitangehörigen des Staates geworden sind und daß der Staat dieses Eigentum unmittelbar der Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Ausland dienlich macht! Bringen Sie ihr die Ueberzeugung bei, daß sie nicht für Kapitalisten arbeitet, sondern für sich und ihre Zukunft, dann werden Sie die Arbeiterschaft haben, die Sie wirklich emporkommen wird, dann wird es wirklich wahr werden, daß nur die Arbeit und emporkommen kann! (Lebhafte, anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat des Reichswehrministeriums.

Der Hauptauschuß der Nationalversammlung beschäftigte sich am Montag mit dem Etat des Reichswehrministeriums. Rostke äußerte sich, daß der vorliegende Etat nicht den der zukünftigen Reichswehr darstelle, sondern den Etat für die Hebergangszeit. Der Etat, der die künftige Reichswehr umfassen werde, könne erst am 1. April 1920 aufgestellt werden. Rostke hoffte, daß er trotz der geringen Zahl der und zuteilnehmenden Truppen einen militärischen Apparat von gewisser Bedeutung herstellen werde. Trotz der Verringerung der Truppenzahl seien die Ausgaben außerordentlich hoch. Ueber den Umfang dieser Ausgaben bringt der Auschußbericht leider keine Angaben. Die Deutschnation ist aber stark daran interessiert, über die Kosten der Reichswehr etwas Näheres zu erfahren. Das Reichswehrministerium muß doch, auch wenn es sich nur um einen Uebergangszustand handelt, ungefähre Angaben darüber machen können, welche Summen monatlich für die Reichswehr ausgegeben werden. Von ganz besonderer Bedeutung dürfte dabei die Verantwortung der Frage sein, wieviel Millionen Mark dem deutschen Volk allein das baltische Abenteuer gekostet hat, nachdem die politischen Nachwirkungen bereits außerordentlich fühlbar geworden sind.

Bezüglich der Stärke des Heeres wurde angegeben, daß die Stärke innerhalb drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages auf 300 000 Mann zurückgeführt sein muß. Vom 1. April 1920 ab darf sich die Stärke des Heeres nur noch auf 100 000 Mann, einschließlich Offiziere, belaufen. Das entsprechende Heer darf nicht mehr als 7 Infanterie- und 8 Kavallerie-Divisionen umfassen. Das Reichsgebiet ist bereits vom 1. Oktober ab in 7 Wehrkreise eingeteilt worden. Die Wehrkreiskommandos werden fernerhin die Wehrpflicht der Generalkommandos ausüben, die vom 1. Oktober ab bereits ihre frühere Tätigkeit eingestellt haben.

Die Sühne für die Ermordung des französischen Sergeanten Manheim.

Wie erinnerlich, wurden in der Nacht zum 12. Juli in Berlin französische Soldaten, die ruhig ihres Weges zogen, von deutschen Soldaten angetastet und der Sergeant Paul Manheim im ersten und brutalen. Das Verbrechen ist niemals aufklärt worden. Es war das Ergebnis der ungeheuerlichen kaubühnischen Hebe, die Deutschland durchdrang, und die von den Wäldern der Mächten täglich neu geschürt werden ist. Die französische Regierung verlangte für die Ermordung des Soldaten eine Buße von einer Million Francs. Wie die deutsche Regierung diese Forderung erledigte, blieb in Dunkel gehüllt. Die alten Mittel der Geheimdiplomatie wurden wieder reiflich angewandt, und dem Volke wurde nichts gesagt, obwohl es der Leidtragende ist. Auf die Anfrage in der Nationalversammlung, ob die Million bezahlt sei, erwiderte ein Regierungsdirektor, er könne diese Frage in offiziellem Sinne nicht beantworten.

Nun ist dieses Geheimnis enthüllt. Die „Freie Welt“, die illustrierte Wochenzeitung der U.S.P., veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer eine Abhandlung eines Schwachs über eine Million Francs, die von der Deutschen Bank im Auftrag der Legation des Kaiserlichen Amtes ausgehört worden ist. Der Schwach, der auf das Pariser Bankhaus Louis Dutsch ausgehört worden ist, wurde vom kaiserlichen Amt General Dupont, dem Chef der französischen Missionen in Berlin, ausgehört. Dupont gab den Schwach an Clemenceau weiter, Clemenceau an das französische Komitee, zu dem der General von Dutsch gehörte. Dieser Schwach ist aus der Reproduktion des Schwachs in der „Freien Welt“ zu entnehmen.

Es ist bezeichnend für unsere politischen Verhältnisse, daß eine solche Zahlung erst auf diesem Wege der Öffentlichkeit bekannt wird. Eine Million Francs, das sind etwa 4 Millionen Mark; das hat uns in dieser bitterarmen Zeit die Völkerverehrung auf neue gestiftet. Nicht geringer ist die moralische Bestrafung, die natürlich nicht das Volk als Ganzes trifft, sondern nur jene, die die „nationale Ehre“ im Grunde führen und sie durch ihre Taten immer wieder dem Spott der ganzen Welt aussetzen.

Das ist die Sozialisierung!

Am April d. J. ging die Mitteilung durch die Presse, daß die Kohlenzeche „Präsident“ von der Bochumer Bergwerksgesellschaft in Konkurs geraten sei. Als Grund dafür wurde angegeben, daß die Zechenverwaltung infolge der gestiegenen Produktionskosten und der hohen Arbeiterlöhne mit großen Verlusten arbeite, und daß sie deshalb das Werk nicht weiterführen könne.

Der berüchtigte Heilmann nutzte diese Meldung aus, um gegen die Bergleute den Vorwurf zu erheben, daß sie durch ihre maßlosen Forderungen und ihre endlosen Streiks den Ruin des Bergwerkes herbeigeführt habe, und er verkündete, daß es so wie dieser Zeche, nach der gesonderten Bergwerksindustrie ergeben werde; sie würden von den Arbeitern zu Tode gestreift werden.

Es stellte sich bald heraus, daß die Konkursanmeldung nur der Teil eines Wanders war, das von dem Stahlwerk Veder angeführt wurde, um die Zeche „Präsident“ aus dem Konkursstand herauszubekommen und ihr dadurch die Möglichkeit des Gültigendevorrechtes zu eröffnen. Inzwischen haben sich diese Vorgänge zu einem ungeheuerlichen Skandal entwickelt. Im Handelsstil des „Berliner Tageblattes“ wurde kürzlich darüber folgendes berichtet:

Ein Schweizer Konsortium hatte, als die Kohlenzeche „Präsident“ (Bochumer Bergwerks-Ges.) im April dieses Jahres in Konkurs geriet, sich bereit erklärt, allmählich 15 Mill. Mark zum Weiterausbau der Zeche einzubringen, wenn die Hälfte der Förderung zu deutschen Inlandspreisen der Schweiz geliefert würde. Das Reichswirtschaftsministerium genehmigte dieses Abkommen. Hiernach beläuft die Schweiz also 800 Tonnas Kohlen monatlich zum Preise von jezt etwa 90 M. die Tonne, früher zu noch niedrigeren Preisen. Nach dem allgemeinen deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommen über 50 000 Tonnas Kohle monatlich erhalten wir durchschnittlich 90 Franken für die Tonne. Dem heutigen Kurse entsprechend stellen 90 M. einen Wert von 18 Francs dar. Das Schweizer Konsortium, welches das Geschäft mit der Zeche „Präsident“ abgeschlossen hat, würde danach nicht weniger als 72 Proc. die Tonne oder 570 000 Francs gleich etwa 2,9 Millionen Mark bei einem monatlichen Bezug von 8000 Tonnas zum deutschen Inlandspreise sparen, als die in vertriehen 15 Mill. M. innerhalb eines Jahres mehr als doppelt herauswirksam. Wie wir hierzu von zuständiger Seite erfahren, haben die Schweizer Interessenten die 15 Mill. M. zu der Zeit des Kohlenstreiks aufgebracht, während der in Deutschland für diesen Zweck kein Geld zu haben war. Wenn dieses Abkommen nicht genehmigt sein würde, wäre die Zeche „Präsident“ zum Erliegen gekommen, so daß auch Deutschland aus dieser Zeche keine Kohlen bekommen hätte, während es jezt gleichfalls etwa 8000 T. monatlich für sich erhält. Außerdem ist anzunehmen, daß die Förderung dieser Zeche in den nächsten Jahren ganz erheblich steigen wird, so daß Deutschland später entsprechend mehr Kohlen erhalten würde.

Das ist also die Sozialisierung! In leichtfertigster Weise ist die Regierung auf das Schwindelmännchen kapitalistischer Kreise hereingefallen, und daß gegen die Arbeiterbewegung ist kapitalistischen Kreisen die Möglichkeit gegeben worden, sich auf Kosten der deutschen Volkswirtschaft um Summen von unsinniger Höhe zu bereichern. Nicht allein das deutsche Kapital ist an diesem Manöver beteiligt, man hat auch dem ausländischen Kapital die Möglichkeit eröffnet, das deutsche Volk zu pressen. Die zuständige Stelle behauptet zwar, daß Deutschland damals den Zweck kein Geld zur Verfügung gehabt habe. Selbst das „Berliner Tageblatt“, das doch nur kapitalistische Interessen vertritt, stellt demgegenüber fest, daß mindestens beim Abschluß des Vertrages mit den Schweizer Kapitalisten die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, der deutschen Volkswirtschaft die Aussicht auf den hohen und sicheren Gewinn zu erhalten. Wir müssen hinzufügen, daß es sich damals bei erster Prüfung des angeblichen Konkurses die ganze schwindelhafte Art des Wanders herausgestellt hätte. Es hat sich aber auch bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß Unfähigkeit in der Regierung Trumpf ist.

Der gewaltige Aufschwung der französischen Parteipresse.

Wie der Pariser „Populaire“ mitteilt, haben die letzten sechs Monate der sozialistischen Presse Frankreichs einen ungeheuren gewaltigen Aufschwung gebracht. Während der „Populaire“ noch vor einem halben Jahre in einer Auflage von nur 45 000 Exemplaren erschien, ist sie heute auf mehr als 100 000 angewachsen. In der gleichen Zeit liegt die Auflage der „Humanité“ von 60 000 auf 800 000. Bei Veranschaulichung dieser Zahlen kennzeichnet der „Populaire“ die Massenhaftigkeit der französischen sozialistischen Presse, die in einer Auflage über die Auflagen der einzelnen Zeitungen die unheimlichen Summen angegeben hat. Summen die sie gerne einmal erreichen möchten, die aber noch nicht zu einem Behaltel zureichten. Ironisch bemerkt der „Populaire“ hierzu, daß, wenn die sozialistischen Blätter nach dem gleichen Rezept behandelt hätten, es selber wenigstens 400 000 und die „Humanité“ eine Million Hüten angehen müssen, denn es könne leicht sein, daß sie diese Hüten in ganz kurzer Zeit erreichen werden.

Gegen die infamisierte Prostitution. Die Frauenämlicher Institutionen der deutschen Nationalversammlung unterzeichneten gemeinsam einen Antrag, der die Regierung ersucht einen Gegenentwurf vorzulegen, durch den die Prostitution der Prostitution aufgehoben und die Sittenpolizei durch Organe der Gesundheitspflege und Fürsorge ersetzt wird.

Amerikanische Kolonialisierung für Europa. Die Vereinigten Staaten werden 6 Millionen Tonnas Gas- und Kohlenöl an Europa liefern.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wilsch, Redaktions-Verlagsamt „Freie Welt“, r. G. u. d. B. Berlin. — Druck des Lindendruckerei und Verlagsanstalt m. b. H., Schiffsbauweg 10.

Urteilsbegründung und Prozeßführung im Münchener Mordprozeß.

Nachstehend geben wir die wesentlichsten Teile der Urteilsbegründung im Münchener Prozeß wegen der Ermordung der 21 katholischen Gezellen nach nachträglich eingehend wieder, da diese vom juristischen Standpunkte aus zu härtestem Widerspruch herausfordert.

In der Begründung heißt es, daß die Versammlung der Gezellen im katholischen Kasino tatsächlich nur geselligen und keineswegs politischen Charakter getragen habe. Es sei den Gezellen leider nicht gelungen, sich rechtzeitig zu legitimieren. Ein Fehler des Hauptmanns Stutterheim sei es gewesen, daß er nach der Ablieferung des Transportes vor seinem Gange in der Briener Straße und dem Fortgang des Offiziersstellvertreters Friede nicht einen neuen Führer ausdrücklich ernannt habe. Die Truppe, die selbst überlassen und von den herabdrängenden Soldaten angefaßt, seien nun dazu übergegangen, die Gefangenen zu mißhandeln. Dann hätten die mitgeführten Soldaten, teils preußischer, teils bayerischer Herkunft, einen Teil der Gefangenen bereits auf dem Hof, den anderen im Keller niedergewacht. Der Mitschuld an dieser bestialischen Tat seien insbesondere die Angeklagten Müller und Malowatz überführt. Sie hätten sich nach den übereinstimmenden Zeugenaussagen m.e. „Wilde“ benommen und gemein gemein, sogar die Toten noch beraubt. Beide Angeklagten seien gleich schuldig und deshalb gleich schwer zu bestrafen. Wohl sprächen als Milderungsgründe u. a. für sie, daß sie beide bisher unbescholtene und dem Vaterland im Kriege treu gedient und sich nach Ausbruch der spartakistischen Unruhen in München sofort wieder der Reichswehr zur Verfügung gestellt hätten. Andererseits hätten sie aber überaus grausam gehandelt, und der Völkermord begeht denn ihre Tat auch als Mord. Nach dem Strafgesetzbuch seien sie jedoch nur wegen Totschläges zu bestrafen, da sie im Affekt gehandelt hätten, weil sie glaubten, Spartakisten vor sich zu haben. Aber auch der Spartakist genüge Anspruch auf rechtliche Behandlung in einem gerichtlichen Verfahren. Die Art und Weise, wie die Angeklagten vorgegangen seien, schließe alle weiteren als die vorgetragenen Milderungsgründe aus. Dem Angeklagten Grabat sei geglaubt worden, daß er dem Schwerverwundeten nur den Gnadenstoß gegeben habe, und bezug auf Kreiner sei überhaupt nichts erwiesen.

Die Begründung des Gerichts dafür, daß die Tat nicht als Mord, sondern nur als Totschlag anzusehen und demgemäß zu bestrafen sei, ist vollkommen rechtswidrig und zeigt deutlich das Bemühen, durch Jubiläumsgedenken Konstruktionen und Fiktionen eine Verhinderung wegen Mordes zu vermeiden. Denn wenn es in der Begründung heißt, die Angeklagten seien deshalb nur wegen Totschläges zu bestrafen, da sie im Affekt gehandelt hätten, weil sie glaubten, Spartakisten vor sich zu haben, so findet diese Ansicht nicht nur im Strafgesetzbuch nicht die geringste Stütze, sondern sie widerspricht auch der allgemein geübten Praxis der deutschen Justiz und der Ansicht der deutschen Juristen. Selbst wenn man annimmt, daß die Angeklagten tatsächlich der Ansicht waren, sie hätten Spartakisten vor sich, so hätten sie — und das gibt die Begründung des Gerichts so selber zu — die Absicht, eben diese Spartakisten, das heißt die Menschen, die sie vor sich hatten, zu ermorden. Daß diese Menschen in Wirklichkeit keine Spartakisten waren, und daß die Angeklagten, wenn sie dieses gewußt hätten, die Tat vielleicht nicht begangen hätten, kann hieran nichts ändern. Die Angeklagten haben, bewußt und mit Überlegung, Menschen gemordet und waren daher als Mörder zu bestrafen, genau ebenso wie ein Mann als Mörder bestraft wird, der einem anderen aufgelauert hat, um ihn zu erschießen, und in der Dunkelheit auf den verkehrten gezielt hat.

Auch die Prozeßführung selber, die sich zwar anher-

lich einer ziemlichen Unparteilichkeit befleißigte, gibt zu manchen Bemängelungen Anlaß. Niemals durfte das Gericht auf die Vernehmung des Oberleutnants Grafen von Sülzen, eines Zeugen der entscheidenden Ereignisse, der zweifellos außerordentlich bedeutungsvolle Befragungen hätte machen können, verzichten, weil — der Herr Graf sich gerade auf Urlaub befand. Von einem wahrhaft unparteilichen Gericht wäre auch ein sofortiges Einleiten gegen den als Zeugen im Prozesse vernommenen Hauptmann von Stutterheim unbedingt zu verlangen gewesen. Denn dieser Herr wurde von zahlreichen, unter Eid vernommenen, Zeugen derart schwer belastet und die Verurteilungen und Unterdrückungen der Wahrheit durch die militärischen Stellen traten gerade in diesem Prozesse so erschreckend zutage, daß zweifellos dringender Tatverdacht und schwere Kollisionsgefahr vorlag, diese also, die nach der Strafprozeßordnung die sofortige Verhaftung des Beschuldigten verlangten.

Doch man war zufrieden, in den einfachen Soldaten auf der Anklagebank ein paar Sündenböcke gefunden zu haben, und hätte sich wohlweislich, gegen die wahren Urheber jener Untaten vorgehen.

Ein Wort an die litauische Sozialdemokratie.

Von der Sozialdemokratischen Partei Litauens geht uns folgender Aufruf an das Proletariat Westeuropas zu: Genossen! Das litauische Proletariat sieht neue Feinde über sich hereinbrechen. Raum hatte es die an der polnischen Grenze der polenbesetzten Gebiete überfallen wurde: von den Polen im Süden und Osten, von den Deutschen im Westen mit den Kollisionsgefahr im Norden.

Aus Furcht vor der erstarkenden Demokratie wollen die litauischen Großgrundbesitzer — der Herd der Reaktion in Litauen — das Land eher mit Blut überschwemmen, als von ihren Vätern weichen und der Herrschaft entsagen. Mit ihrer Hilfe sind die polnischen Regionen in Litauen eingebrochen und haben Wilna, Seim und andere litauische Städte besetzt. Sofort setzten hier Verfolgungen und Verhaftungen, Mordtaten ein; die unabhängige Presse, wo eine solche bestand, wurde unterdrückt; an ihre Stelle trat die polnische, russische und nationalistische Presse. Der Hoch und Chauvinismus wurde im offenkundigen Gebiet entfacht, und es setzte eine offene Agitation für die Angliederung Litauens an Polen ein.

An der Nordgrenze Litauens ging es ähnlich her. Aus verschiedenen Gegenden Litauens vertrieben, versuchten die deutschen Imperialisten in den ihnen verbliebenen Gebieten eine Hochburg der gegenrevolutionären deutsch-russischen Verschwörung zu gründen. Litauen dient ihnen als Basis für die gegenrevolutionäre Aktion nicht nur nach Osten, sondern auch nach Westen, wodurch nicht nur in Litauen, sondern auch in den baltischen Provinzen die Demokratie in höchstem Maße gefährdet und das Zustandekommen des Gesamtfriedens im Osten gefährdet wird. Diese Elemente nahmen, unter der Mitwirkung und Unterstützung der deutschen Regierung, ihre Maßnahmen vor und sind nunmehr zum aktiven Angriff übergegangen. Sie haben in Litauen die Eisenbahnlinien besetzt, die litauische Garnison in Schaulen entlassen und in Lettland die Offensiven gegen Riga unternommen, nachdem sie eine eigene Regierung in Aurland geschaffen haben.

Das litauische Proletariat, das nach fünfjähriger Kriegszeit und der ebenso langen roten Unterdrückung durch die deutsche Junkerklasse seine Heimat von den Einflüssen der Monarchien und der Bourgeoisie befreit hatte, sieht sich nun von internationalen kapitalistischen Zentren umzingelt und vom Proletariat des Westens abgeschnitten. In dieser schweren Stunde wenden wir uns an die deutsche, polnische, englische und französische Arbeiterklasse. Wir fragen sie: Warum seid ihr untätig, während unser Volk in Blut und Schmach verinkt in dem

Kampf um seines Landes Freiheit? Wo ist Euer brüderliche Hand, die ihr uns und dem Proletariat des Baltikums reichen wolltet im Kampf für unsere Freiheit, damit wir, vereint mit Euch, in die Reihen der Freiheitskämpfer treten könnten? Warum duldet ihr es noch untätig, während Euer Regierung das furchtbare Feuer der Reaktion bei uns im Osten künden, und nicht nur für uns, sondern auch für die Arbeiterklasse der ganzen Welt neue Feinde schmieden?

Genossen! Die Freiheit, nach der das Proletariat Litauens für sein Volk strebt, ist ja auch Euer Freiheit. Denn auch ihr wollt nicht, daß Euer Klassenfeind ein vermehrter Kleinzugewinn, die Einnahme an amer. Landmaschinen, und Co. die ist erhaben, auch große Mengen von Schweißfleisch und Speck sind eingeführt worden, ebenso gefärbtes Fleisch und Konserven. Dadurch konnten wir unsere heimische Viehzucht um Vieh schonen. Die Ergebenheit der litauischen Viehzucht unterstehen den Erzeugnissen der Kontinentalität. Sie erklärt, daß sie nicht mehr liefern könne. Dem geforderten energischen Zwangsmaßnahmen gegenüber habe ich auf dem Gebiet der Viehzucht sehr große Bedenken. Wir müssen unsere Viehzucht schonen und versuchen, möglichst durch Einfuhr von ausländischem Fleisch Ersatz zu finden. Die Schweinehaltung muß begünstigt werden.

Die Sozialdemokratische Partei Litauens, Kovno, den 14. Oktober 1910.

Deutsche Nationalversammlung.

Montag, den 27. Oktober
Im Hause sind 15 Abg. anwesend.

Das Reichswirtschaftsministerium.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Es wäre falsch, die Lage allzu düster zu schildern. Der Bevölkerung wird jetzt ein befehltes Brot gegeben und der Lebensmittelmarkt ist vermehrt Kleinzugewinn. Die Einnahme an amer. Landmaschinen, und Co. die ist erhaben, auch große Mengen von Schweißfleisch und Speck sind eingeführt worden, ebenso gefärbtes Fleisch und Konserven. Dadurch konnten wir unsere heimische Viehzucht um Vieh schonen. Die Ergebenheit der litauischen Viehzucht unterstehen den Erzeugnissen der Kontinentalität. Sie erklärt, daß sie nicht mehr liefern könne. Dem geforderten energischen Zwangsmaßnahmen gegenüber habe ich auf dem Gebiet der Viehzucht sehr große Bedenken. Wir müssen unsere Viehzucht schonen und versuchen, möglichst durch Einfuhr von ausländischem Fleisch Ersatz zu finden. Die Schweinehaltung muß begünstigt werden.

Die gegenwärtige Lage der Kartoffelbewirtschaftung.

Die gegenwärtige Lage der Kartoffelbewirtschaftung ist dieselbe wie im Vorjahr, teilweise wird sie sogar für schlechter gehalten. Die größte Sorge bereitet der Mangel an Verkehrsmitteln. Wir haben zur Zeit nur eine Wagenstellung von 50 Prozent zur Verfügung. Ich kann nicht sagen, wann die Wagenstellung nicht größer wird. (Laut lacht) Durch Einfuhr aus Holland, Dänemark und Polen suchen wir die Lage in den Grenzgebieten zu sichern. Die Kartoffeln aus Polen, durch die hauptsächlich Sachjen, Berlin und einige andere Großstädte versorgt werden sollen, kosten 10 Mark. Die Verfrachtung mit Speisefett ist es eine Belastung recht günstig aus. Hier liegt ein sehr dringendes Bedürfnis der Bevölkerung vor, auf dessen Befriedigung ich großen Wert lege. Die Einfuhr von Kartoffeln hängt von der polnischen Seite ab. Die Kohlenlieferung für die Margarinefabriken soll wieder erhöht werden, so daß die Produktion auf 100 Tausend pro Kopf und Woche garantiert werden kann. Die Lebensmittelpreise sind in den letzten Monaten alle wieder in die Höhe gekommen. Bis zu einer gewissen Grenze, können wir gegen diese Preisbewegung nichts unternehmen. Auf das Ausland haben wir in der Preiskommunikation überhaupt keinen Einfluß. Wir sind nur bemüht, den wilden Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt durch gezielten Einfluß von Lebensmitteln zu beschränken. Bei der Preisbildung im Inland handelt es sich um ungeheure Summen. Die zur Verfügung gestellten 1 1/2 Milliarden sind da schnell ausgebraucht worden. Der Speck z. B. kostete damals 14 Mark, heute 20 Mark. Die Preisbildung ist auf 650 Mark durchgehört worden. Das Speisefett kostete 11 Mark, heute 19 Mark, die Senfung ist auf 6 Mark durchgehört. Ausländisches Fleisch kostet 16 Mark, durch die Preisbildung 7,5 Mark. Bislang sind außerdem an Zuschüssen für Frühjahrsaprimen von Brotgetreide um 832 Millionen aufgewendet worden. Ferner sind jetzt zur Senkung der Preispreise laufend 88 Millionen notwendig. Eine solche Preisbildung, besonders an inländischen Produkten, hat sowohl Frankreich, als auch England vorgenommen. Die Lage auf dem Welt-

20) Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.
Aus dem Manuskript übertragen von Germynia zur Rühle a.

III.

„Wissen Sie wer das ist?“ fragte Jimmies Kamerad.
„Das ist Percy Granitch.“

Jimmie fuhr zusammen, ein Schauer durchrieselte ihm den Leib bis zu seinen zerrissenen Stiefeln hinab. Percy Granitch! In den vier Jahren, da der kleine Maschinist in der Empirefabrik arbeitete, hatte er niemals den jungen Lord von Leedsville zu Gesicht bekommen, eine leicht erklärliche Tatsache, denn der junge Lord hielt Leedsville für ein schreckliches Nest und beehrte es bloß ein- bis zweimal jährlich mit seiner Anwesenheit. Dennoch schwebte sein Geist über der Stadt: er war für Leedsville eine Art mythologische Gestalt, ein wunderbares, erschreckendes, ekelerregendes Wesen, je nach dem Temperament des Betrachters. Eines Tags hatte der wilde Will in einer Versammlung die illustrierte Beilage einer New-Yorker „gelben“ Zeitung herumgereicht, in der berichtet wurde, wie Percy Granitch sieben Choriistinnen das Herz gebrochen habe, indem er mit einer wachen Durchgang. Dem Zeitungsbericht nach „verfiel er Choriistinnen“. Um die Atmosphäre und den Wirbel der Luft wiederzugeben, darin der junge Lord lebte, hatte der Zeichner der Sonntagsbeilage die Seite mit Kränzen und Wägen, düstigen Spitzenröcken und Hörschen eingehüllt, während oben ein Souperlich prangte, über dem Champagnerpfosten aufstiegen und auf dem eine mit Schleiern notdürftig bekleidete Dame zwischen vollen Schälchen saß.

Dies hatte sich zu einer Zeit zugezogen, da die Ortsgruppe bestig um den § 6 kämpfte. Sollte die sozialistische Partei aus ihren Reihen jene austreten, die Sabotage, Gewalt und Verbrechen bejubelten? Norwood predigte ruhige, geordnete Methoden sozialer Erneuerung; der wilde Will aber stand, zeitungschwankend da und vernichtete den Ruf des jungen Anführers der Empirefabrik. „Dafür laßt ihr Trottel Euch ausbeuten! Dafür müßt ihr schon brav sein und die Maschinen nicht antasten, damit die sieben

verweifelten Choriistinnen ihren Kummer im Champagner erlösen können!“

Und nun hatte der Held dieser Abenteuer Broadways Verlockungen verlassen und war heimgekehrt, um dem Alten beim Einhalten seines Kontraktes behilflich zu sein. Hier stand er auf dem Automobilpflast, blickte haltig nach allen Seiten, wie ein Jäger, der ein gefährliches Wild belauert. Er war schön, herrlich, zornmüde, furchtbar in seiner Rastlosigkeit, und der arme Jimmie wurde, indem er ihn betrachtete, von zwei widerstrebenden Gefühlen erfaßt. Er haßte ihn, haßte ihn mit tödlichem, unsterblichem Haß. Und dennoch bewunderte er ihn, trotz vor ihm. Percy war ein Wüstling, ein stuchender Tyrann, ein roher Snob, doch war er auch der Herr, der Sieger, der stolze, freie, reiche junge Aristokrat, um dessen willen die ganze übrige Menschheit behandelt. Jimmie Higgins hingegen war ein kleiner arbeitsloser Proletariatswurm, der nichts befohl als seine Arbeitskraft, und der mit seinem ganzen Willen danach strebte, sich aus seiner Anarchiefesseln zu befreien.

Ein altes Sprichwort sagt: „Schaut die Kuh den Bischof an und ist doch ein geweihter Mann!“ Doch kann sich dies sicherlich nur auf Palastkuchen beziehen, die in bösscher Etikette bewandert sind, und nicht auf Proletariatskuchen des Minnpleins, auf die Jimmie-Higgins-Abort der roten, revolutionären Mauer. Jimmie Higgins und sein Kamerad standen schweigend auf der leeren Kiste, als plötzlich die brandende Menge zurückwich und die beiden den Augen des zornigen Herrn enthielt. „Vorwärts! Schaut, daß ihr weiterkommt!“ Jimmie schrämpfte zusammen, verbarg sich eilends in der Menge. Doch tat er dies mit zornlühender Seele, träumte davon, umzukehren, den zornigen Augen, dem weisenden Finger Trotz zu bieten, die herrliche Stimme zu überschreien, ja sogar in jene Reihe zurückzupressen, aus der sie kam.

IV.

Jimmie kehrte nicht einmal zum Abendessen heim. Die halbe Nacht half er, die Streifer organisieren, den ganzen folgenden Tag mochte er sich bei Versammlungen nützlich betätigen, der reden konnte, mühte reden, bis er heißer war, und am Abend sollten etwa sechs Straßenversammlungen abgehalten werden. Dies war bei jedem Streik so; wenn gestreikt wurde, hatte der Arbeiter Zeit — und auch Lust — Neben anzuhören.

Derartig nahe die Krise, da unser kleiner Maschinist bemerken sollte, was in ihm steckte. Er hielt auf dem üblichen Verlockungsplatz die Laterne hoch, und Genosse Gerrity sprach über den Streik und die Wahlen, dieses weisheitsvolle Scherz des Proletariats, als plötzlich vier Polizisten um die Ecke gelaufen kamen und sich einen Weg durch die Menge bahnten. — „Sie müssen die Versammlung aufheben!“ erklärte der eine.

„Aufheben?“ rief Gerrity. „Was wollen Sie damit sagen?“

„Während des Streiks sind Straßenversammlungen verboten.“

„Wer sagt das?“

„Befehl des Polizeichefs.“

„Wir haben aber doch eine Erlaubnis.“

„Alle Erlaubnisse sind zurückgezogen. Vorwärts!“

„Eine schöne Frechheit!“

„Ihre Ansichten interessieren uns nicht, junger Mann!“

„Wir sind hier im Recht.“

„Vergessen Sie es, mein Vetter.“

Witzschnell wandte sich Gerrity der Menge zu.

„Mitbürger, wir üben hier unser Recht als amerikanische Staatsbürger aus, halten eine friedliche, geordnete politische Versammlung ab. Wir kennen unser Recht, werden darauf bestehen, wir...“

„Steigen Sie herunter, junger Mann!“ befohl der Polizist. Die Menge begann zu johlen, Schimpfworte und Pfuierrufe wurden laut.

„Mitbürger!“ begann Gerrity von neuem; doch konnte er weiter nichts sagen, denn der Polizist hatte ihn am Arm gepackt und riß ihn herunter, und Gerrity kannte die amerikanische Polizei zu gut, um Widerstand zu leisten. Noch immer sprachend, erreichte er den Erdboden. „Mitbürger...“

„Werden Sie schweigen!“ schrie ihn der Polizist an, und als Gerrity trotzdem weiterproch, verurteilte er: „Sie sind verhaftet!“

In der Menge befanden sich ein halbes Dutzend Sozialisten, und dies war eine Herausforderung ihrer Solidarität. Genossin Mabel Smith sprang mit einem Satz auf die Tribüne. „Genossen!“ rief sie. „Sind wir in Amerika oder in Russland?“

(Fortsetzung folgt.)

markt ist nicht ungenügend, Lebensmittel sind zu haben, nur unsere Zahlungsmittel sind beschränkt. Der Gesamtverbrauch der bisher von uns eingeführten Lebensmittel betrug auf 705 134 Tonne in Wert von 2 Milliarden 153 Millionen. Unsere Ernährung ist gegen früher erheblich besser geworden. Mit Getreide, Fleisch, Gemüse und Früchten sind wir auf lange Zeit hinaus versorgt. Die Versorgung mit Petroleum wird in geordneter Weise gesichert werden. Die Einfuhr im ersten Halbjahr 1919 betrug ein Fünftel der Friedensquote. Wir müssen aber für sie einen Betrag zahlen, der wesentlich größer ist als der Friedenspreis der Gesamteinfuhr. Die Einfuhr erreicht etwa ein Sechstel der Friedensquote. Hier nähert sich die Wertsumme ziemlich hart dem Friedenspreis. Die Lagen, daß zu billig nach dem Ausland verkauft wird, treten immer mehr und mehr in die Erscheinung. Es muß erwogen werden, ob nicht einzelne Industrien dazu übergehen sollten, eine Preiskontrolle einzuführen. Die Strafen für ungemessene Preiserhöhungen sind für Entscheidungen zu erhöhen. Es ist auf die Dauer unhaltbar, daß wir die Rolle nicht in Gold einbüßen können. In der Braunkohlenproduktion haben wir nahezu die Friedensleistung erreicht. Für die Einführung unserer Industrie sind die Aussichten durchaus nicht erödet. Es muß aber jeder Versuch, die Vergewaltigung durch die Kriegsgewalt, unbedingt verhindert werden.

Gegen jeden Streik politischer Natur wird die Regierung eingeschritten.

Unsere Kohlenförderung wird erheblich steigen. Wir werden genötigt sein, in den kommenden Jahren neue Kohlengebiete zu erschließen. Aber wir werden in keinem abschätzbaren Zeitraum zu einer Förderung von 300 bis 350 Millionen Tonne jährlich kommen, wie man in Preußen annimmt. Weid und die Kohle nicht in dem Maße drücken, wie es für die Entwicklung der Industrie erforderlich ist. In unser Leistungsfähigkeit gegenüber in Frage gestellt, das Hebel wird für beide Teile schlimmer. Wer da glaubt, daß die Lasten des Krieges nur einem Volke auf die Schultern gelegt werden können, wird bald seinen Irrtum erkennen müssen.

Hg. Gsch. (Soz.): Wir schließen und der Wohnung des Miniers an, daß die Entente den Krieg nicht überspannen möge. Wir wenden uns aber auch mahnend an die Kreise, die die Ausbeutung des gesamten Volkes durch einen kleinen Kreis eld-führer der Reue wieder herstellen wollen. Die Lohnforderungen der Arbeiter sind nur die notwendige Folge der Preis-erhöhungen. Wenn wir jetzt die Preispolitik aufheben, so bekommen wir eine solche Erschütterung des Wirtschaftslebens, daß die Valuta weiter sinkt, und dann haben wir dieselbe Spiel von neuem. Keiner von uns sieht in der Preispolitik das Ideal, aber wir können sie auf den wichtigsten Gebieten des Wirtschaftslebens nicht aufheben. Die Herstellung von Luxusartikeln muß natürlich mit allen Mitteln verhindert werden. In einem demokratischen Gemeinwesen soll das arbeitende Volk nur demokratische Mittel anwenden, und nur, wenn diese versagen, dann bleibt als letztes Mittel der Streik.

Es ist unerträglich, daß irgendeine Arbeitergruppe den Streik anwendet, nur weil sie die Machtvollkommenheit in der Hand hat. Das ist ein Verbrechen gegenüber der Gesamtheit.

(Rebhofer Weiss.) Die Eisenbahn gehört z. B. nicht den Eisenbahnern, sondern dem ganzen Volk. Dem Bauer und Schieber wollen soll die Regierung mit allem Nachdruck entgegenwirken. Dabei müssen ihr auch die arbeitenden Kreise der Bevölkerung helfen. (Rebhofer Weiss bei den Soz.)

Hg. Braun (Zentr.): Die Interessen der Landwirtschaft müssen ausdrücklich geschützt werden als bisher. Die Fortsetzung der Krankenlosen freien Wirtschaft halten wir für undurchführbar. Die übermäßige Emigration unserer Kraft im Ausland darf nicht auch im Ausland stattfinden, sonst mühten wir mit einem Schlag alle Löhne und Gehälter um das fünffache heben. Wir müssen mit den Preisen zwar nicht auf die Höhe der Weltmarktpreise hinaufgehen, wohl aber nach und nach die Inlandspreise beträchtlich steigern, um unsere eigene Wirtschaft zu beleben und die Waren im Ausland festzuhalten. Unsere Eisenbahnverhältnisse werden. Reife Dampf hinter dem Abbau der Kriegsgesellschaft ist nötig.

Hg. Hermann-Reutlingen (Dem.): Ohne amerikanischen Kredit durch eine Valutaanleihe können Rohstoffe auf die Dauer nicht eingeführt werden. Das Sinken unserer Valuta ruiniert uns ohne den Volkswirtschaften der Neutralen und Ententeländer zu nützen. Eine internationale Valutakonferenz ist notwendig. Der Reichswirtschaftsrat darf nicht ein Berliner Wirtschaftsrat der Sozialverbände werden, vielmehr müssen die einzelnen Wirtschaftszweige des Reiches ihre Vertretung erhalten.

Hg. Dr. Meißner (Dem. Sp.): Unser ganzes Wirtschaftsleben ist derzeit gerüttelt, daß man von einem vollständigen Zusammenbruch reden kann. Im Reichswirtschaftsrat werden die Interessen der Landwirtschaft nicht genügend gewahrt. Die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens ist nur möglich bei einer Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion. Daher darf man die Rohstoffe nicht veräußern. Dies geschieht aber durch Maßnahmen wie die Veräußerung des preussischen Landwirtschaftsministeriums Braun über die Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten.

Aus der Partei.

Die Organisationen zum Parteitag.

In der Konferenz des Bezirks Niederbarnim-Ost, die am Sonntag, den 25. Oktober 1919, im Café Bellevue, Pflanzberg, tagte, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Die Parteileitung möge in Ergänzung der provisorischen Anordnung für den Parteitag die Frage der Sozialisierung der Landwirtschaft und der Agitation auf dem ländlichen Lande auf die Tagesordnung des Parteitages stellen und schon jetzt Maßnahmen ergreifen, daß die Agitation unserer Partei unter dem ländlichen Proletariat auf eine breitere Grundlage als bisher gestellt werden soll. — In Parteitagstelegrammen wurden gewählt: Genosse Heiler, Stralau, Genosse L. H. M. Lichtenberg und Genossin Krendse.

Demokraten.

Der sozialdemokratische Verein Burghausen in Südbarnen hatte in einer außerordentlichen Generalversammlung mit 154 gegen 6 Stimmen den Austritt von der rechtssozialistischen Partei in unsere Organisation beschlossen. Die Generalversammlung war fastenmäßig einberufen und durch öffentlichen Anrufung bekanntgegeben worden. Nach dem rechtssozialistischen Organisationsrat waren also ihre Beschlüsse rechtsgültig und bindend. Die Abhängigen fordern nun in einem rechtssozialistischen Schreiben die Auslieferung der Rasse ihrer ehemaligen Kreisgruppe und drohen mit einer Klage, falls ihrem Verlangen nicht entsprochen werde.

Das ist eine „demokratische“ Praxis! Sogar die „Demokratie“ bei den Rechtssozialisten zu unangenehmen Beschlüssen führt, die sie selber nicht anerkennen. Wird ihnen das auch in diesem Maße wenig nützen. Es zeigt sich darin doch erneut die Schwäche der Reue, die bei jeder Gelegenheit von der Demokratie, dem Willen der Mehrheit schwärmen.

Das Problem der Internationals.

Im 19. Absatz in den Parteiprogrammen einleitende Diskussion über die Stellung der unabhängigen Sozialdemokratie zur Internationale (rechtssozialistische) zu gestalten, hat die Verbandsversammlung „Freiheit“, Berlin, beschlossen, eine Reihe von Klärens herbeizuführen, bis das Problem von allen Seiten be-

leuchtet soll. Als die beiden ersten Schritte sind sechs erschienen von Arthur Crispian: „Die Internationale — Vom Band der Komintern zur Internationale der Weltrevolution“ und von Alexander Stein: „Das Problem der Internationals.“ Während Crispian's Schritt von den geistlichen Verfassungen der Arbeiterklasse ausgeht, ist eine leistungsfähige in ernstliche Organisations zu schaffen, bezieht Stein in eingehenden theoretischen und praktischen Darlegungen der gegenwärtigen Verhältnisse das Problem. Im Hinblick auf die Weltrevolution wird der Vorschlag der A. I. K. in der 3. Internationale sowie sonstiger zur Beurteilung des Problems wichtiges Material abverwandelt. Den Schriften von Crispian und Stein sollen in kurzer Zeit weitere folgen.

Wegen der Kürze der Zeit bis zum bevorstehenden Parteitag empfiehlt es sich, die Beschlüsse auf die Schriften, die etwa 70 Pf. und 1 Pf. kosten werden, sofort an die Buchhandlung der Verbandsorganisation „Freiheit“, Berlin, Schiffbauerdamm 19, zu richten.

Reichskonferenz der Funktionäre der Elektro-Industrie in Halle.

Am 19. und 20. Oktober trafen die Delegierten der Angestellten und der Arbeiterklasse der verschiedenen Betriebe der deutschen Elektro-Industrie in Halle zusammen, um über den Zusammenschluß der Funktionäre der Industrie-Gruppen zu einer Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Vertreter waren 62 Delegierte aus 17 Betrieben bzw. Komplexen, die rund 100 000 Arbeiter und 30 000 Angestellte repräsentieren. U. a. waren vertreten Betriebe aus Berlin, München, Dresden, Chemnitz, Hamburg, Mannheim, Leipzig, Halle, Erfurt usw. Von den in Frage kommenden Gewerkschaften waren der Zentralverband der Angestellten, Deutscher Metallarbeiterverband, Bund technischer Angestellten und Beamten, Metallarbeiterverband und Holzarbeiterverband vertreten. Der Vorsitzende der Berliner über Kommission, Dollé, eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er auf die Notwendigkeit hinwies, daß endlich daran gegangen werden müsse, eine einheitliche Front gegen die kapitalistische Reaktion durch alle Arbeitnehmer anzuschließen. Der Redner, daß am 9. November die richtigen Leute am richtigen Platz gestellt hätten, muß wieder gut gemacht werden dadurch, daß man daran gehen muß, sich die notwendigen Kenntnisse über die Zusammenhänge und ökonomische Grundlage der Industrie zu verschaffen. Nach Mitteilung des Bureau kommt es wegen der Zulassung des offiziellen Vertreters des Gewerkschaftsbundes zu einer ausgiebigen Debatte, die schließlich damit endet, daß mit großer Majorität die Zulassung des Gewerkschaftsbundes abgelehnt, weil als unbedeutend vorausgesetzt wird, daß der Gewerkschaftsbund auf dem Boden des Sozialismus nicht stehe und bei ihm daher eine klare eindeutige Stellungnahme in der Frage der Arbeiterorganisation als unumgänglich angesehen wird.

Die vorgeschlagene Tagesordnung, die Geschäftsordnung und Zeiteinteilung wurde einstimmig angenommen, und so konnte dann noch am Vormittag das grundlegende Referat des Genossen Schmidt über den Zusammenschluß der Kopf- und Handarbeiter begonnen werden.

Der Referent wies darauf hin, daß die frühmorgens gestellte Frage darüber, daß nur dann sozialisiert werden könne, wenn etwas zum Sozialisieren da wäre, auf keinen Fall so aufgelöst werden dürfe, daß hierzu erst ein neues kapitalistisches Wirtschaftsgebäude aufgerichtet werden müsse; er wies vielmehr nach, daß gerade durch den Niederkreis des gesamten Wirtschaftslebens infolge einer verdrängten vierjährigen Kriegswirtschaft es unbedingt notwendig sei, alle vorhandenen Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. In diesem Zusammenhang bezieht er sich auf den Gedanken, den Aufbau der besetzten Gebiete durch private Unternehmer, auch auf der Grundlage der Privatwirtschaft vorzunehmen, als die Ausgeburt einer Tollkassette. Wenn von gewisser Seite immer wieder versucht wird, daß man auf die Intelligenz der kapitalistischen Finanzwirtschaft nicht verzichten könne, so muß demgegenüber mit aller Deutlichkeit wiederholt werden, daß die deutsche Angestelltenklasse eine Ausnahme von dieser Regel bildet, die durch die alte Wirtschaftsweise am stärksten gefördert, schon allein insofern wäre, die Betriebe viel zu führen. Allerdings müsse sich die deutsche Arbeiterklasse klar werden, daß eine Sozialisierung ohne die Angestellten unmöglich sei. Dies sei aber auch gerade von weiten Kreisen der Arbeiterklasse längst anerkannt, so daß wohl hierüber Meinungsverschiedenheiten nicht mehr existieren. Es kommt nun vor allen Dingen darauf an, die vorhandenen Kräfte zu sammeln und sie in den Dienst der gesamten Proletariat einzustellen. Dazu gehört vor allen Dingen die enge Verbindung der Angestellten und der Arbeiterklasse zu einer gemeinsamen Arbeit- und Kampffront. Es müsse sich sowohl der Angestellte wie auch der Arbeiter, wenn er den Sozialismus wirklich wollen möchte, daran gewöhnen, über den Bereich seiner eigenen Arbeit hinaus zu gehen, daß sein Arbeitsplatz nicht damit allein ausreicht wäre, daß je ein Tageslohn erfüllt würde, sondern er müsse sich über die Bedeutung seiner Arbeit sowohl für den Betrieb als auch für die gesamte Industrie im klaren sein. Der Referent wies hier auf die Bedeutung der Gruppen an und erwähnte kurz das Programm, daß von den Funktionären der Betriebe erfüllt werden müsse, um die notwendigen Unterlagen für die Sozialisierung soweit vorzubereiten, daß eine Überwindung der Schwierigkeiten komme, wenn die Zeit dazu reif sein würde. Eine der wichtigsten Aufgaben sei es, überhaupt zum Sozialismus zu gelangen, sei aber die Umwandlung der alten Gewerkschaften. In ihrer bisherigen Form, auch wenn sie zu Kampforganisationen ausgebaut würden, seien sie jedenfalls nicht in der Lage, die Führung des Proletariats für die Ermöglichung und die praktische Durchführung zu bilden. Die einzige Richtung bilde die Arbeiterorganisation, die bedauert, daß die Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden umgeformt würden, die dann ohne weiteres den Interessen für den Betrieb abgeben können. Das Referat schloß in dem Wunsch, daß sich auf dem Boden der politischen gemeinsamen Arbeit die drei streitenden Gewerkschaften zusammenschließen könnten. Das Ziel sei nicht unerreichbar, die Bahn sei frei, wenn ein Gleichheitswille die Massen wieder zusammenschleife.

Die anschließende Diskussion war äußerst kurz und gab die interessantesten Beiträge, daß an den verschiedenen Orten vollkommen unabhängig voneinander und aus dem Gefühl der tiefen Notlage des Proletariats in gleicher Richtung gehende Versuche unternommen waren und teilweise zu recht erheblichen Erfolgen geführt hatten. Im übrigen herrschte vollkommen Übereinstimmung mit dem Referat, so daß nachfolgende Resolution schließlich einstimmig zur Annahme gelangen konnte:

Die erste Reichskonferenz der Betriebsräte und Funktionäre der Arbeiterklasse in der deutschen Elektro-Industrie bekräftigt die unbedingte Solidarität aller im Industriezweig beteiligten Arbeitnehmer und anerkennt in der Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse aus den Betrieben und den Werkstätten das am dringendsten zu erreichende Ziel im Kampf gegen die wieder zur Macht gelangte kapitalistische Reaktion. Die Reichskonferenz stellt in der vorgelegten Arbeitsgemeinschaft und ihrem Programm die beste Möglichkeit, dieses Ziel am schnellsten zu erreichen und darüber hinaus als beste Vorarbeit zur endgültigen Sozialisierung. Grundätzlich wird deshalb beschlossen: Die am 19. bis 20. Oktober 1919 in Halle versammelten Funktionäre der deutschen Elektro-Industrie schließen sich auf der Basis des Rätegedankens zu einer festen Arbeitsgemeinschaft der Betriebe, und Betriebsarbeiter zusammen mit dem Endziel: Schaffung der gemeinsamen Kampffront aller Arbeitnehmer

zur Sozialisierung des Industriezweiges und Vertiefung des Sozialismus.

Dieser Antrag ist ein Referat des Genossen Wegmann vom Berliner Volksgenossen über das durchgeführte Arbeitsprogramm. Er führte in demselben aus, daß, wenn sich große Schwierigkeiten ergeben sollten, diese unbedingt durchgeleitet werden müssen, und daß möglichst schnell die Schaffung der gesamten Industriezweiges des Reiches erfolgen müsse. Zur Erreichung der wirtschaftlichen Grundlage und zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist es notwendig, zweckmäßig, Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Er erläuterte dann an Hand einer graphischen Darstellung den Rätegedanken des Berliner Volksgenossen, wobei er u. a. kurz die Schwierigkeiten schilderte, die diesem Volksgenossen durch die Regierung gemacht worden sind; trotzdem seien die Arbeiter immer geblieben, daß man bereit in Berlin einige Industriezweige zu gleichen Arbeitsgemeinschaften zusammenzuschließen hat, wie das in Halle der Fall sei. Er betont, daß wir uns augenblicklich in einem Kreislauf befinden, der unbedingt zum Zusammenbruch führen muß. Auch er ist der Ansicht, daß uns nur Arbeit retten kann. Wenn aber dem deutschen Arbeiter dieses Wort jetzt bis zum Überdruß von allen Seiten und unangenehmen Seiten entgegengehalten wird, so muß man doch die Seele des Arbeiters wenigstens soweit zu beruhigen versuchen, daß er, der vor allen Dingen diesen lichtscheinenden Zusammenbruch zu tragen habe, er, der nach 40-jähriger kapitalistischer Ausbeutung auf die Verwirklichung des Sozialismus gestoßen ist, nach dieser grenzenlosen Enttäuschung, die die Arbeiterklasse des kapitalistischen Systems ihm gebracht hat, sich mit Recht fragt, für wen er eigentlich die Arbeit leisten sollte. Es könne ihm nicht zugemutet werden, daß er von neuem lauten solle, um die Kreise, die seine Bedrücker gewesen sind, die Schuld daran seien, daß er in das furchtbare Elend gebracht wurde, wieder zur Macht zu verhelfen. Nur durch radikale soziale Ausrottung des Kapitalismus kann der Sozialismus gehoben werden. Wenn auch die Gedanken von radikaler Natur über die Überwindung der Produktion eines kapitalistischen Staates in eine sozialistische Arbeitergemeinschaft, so könne nun nicht gesagt werden, daß dieses für alle Zeiten ein Dogma sein müsse. Man muß sich auf den Standpunkt stellen, daß man bei diesem Aufbau erst mal die Macht der Produktion in der Hand haben muß, um den Kapitalismus ganz automatisch aufzuklären und den Sozialismus ebenfalls ganz automatisch einzuführen. Es wird einen härteren Kampf kosten, um die kapitalistische Klasse zu beseitigen, und wird dieses durch das demokratische System nicht gelingen. Die Arbeiter werden immer versuchen, gewisse Angelegenheiten auf ihre Seite zu ziehen, und muß daher alles versucht werden, die sie von dem Interne abzubringen und zu verhindern, daß sie zur Prätorianergarde des Kapitalismus werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß alle Streitpunkte beseitigt werden, damit im Interesse der gesamten Bevölkerung der Sozialismus ausgerechnet wird, denn nur er verbleibt, daß die Arbeiterklasse wieder Lust und Liebe zur Arbeit empfinden könne. Er fährt dann fort, daß er auf dem Boden der Diktatur des Proletariats steht und ist der Meinung, daß wir zu einem Aufbau kommen müssen, um die kapitalistische und militaristische Staatsform zu beseitigen. In diesem Zusammenhang beauftragte er die jetzt in England angewandte sogenannte wissenschaftliche Sabotage und verwies hierbei auf einen Artikel im Arbeiter, der den Abend von Ausstellungen von englischen Zeitungen darstellt. Er ist der Ansicht, daß die Arbeiterorganisationen nur durch eine planmäßige wissenschaftliche Sabotage der gesamten Arbeitnehmerschaft zu vernichten sind.

In das Referat von Wegmann knüpfte sich eine ausgedehnte allgemeine politische Diskussion, in der die Ansichten der drei verschiedenen Parteien lebhaft zum Ausdruck kamen. Ein Vertreter der S. P. D. erklärte schließlich, daß er und einige seiner Kollegen der Idee der Zusammenarbeit nur insofern folgen können, als diese Arbeit sich im Rahmen seiner Partei bewegt. Gegenüber wurde von allen Seiten heftiger Widerspruch erhoben, da hier vor allem nicht vorhandene notwendige praktische Grundlagen zu schaffen seien. Auch die Vertreter der S. P. D. beantragten volle Klarheit über die Stellung der Arbeiterorganisation zu dem reinen Rätegedanken. Er weist darauf hin, daß ihm die Räteidee überhaupt vollkommen unverständlich sei wie bei jeder formal-demokratischen. Die Diktatur des Proletariats müsse so verstanden werden, daß auch eine Minderheit sich in den Besitz der staatlichen Machtmittel zur gegebenen Zeit setzen müsse, da bei der Machtergreifung einer Mehrheit von einer Diktatur sowieso nicht die Rede sein kann.

Die allgemeine Aussprache wurde beendet und nach Diskussion von Einzelheiten das Arbeitsprogramm einstimmig angenommen.

Am zweiten Verhandlungstage kam dann der organisatorische Aufbau der Arbeitsgemeinschaft zur Durchberatung. Hierbei wurde besonders gegen die nach Ansicht der Kollegen der S. P. D. vorgenommenen Entscheidungen des vorerlegten Berliner Programms, wie sie besonders durch die Streichung des Wortes „reine“ Rätegedanken zum Ausdruck kam, lebhafter Protest erhoben.

Genosse Wegmann stellte noch besonders richtig, daß die Bekämpfung der Berliner Volksgenossen die Vertiefung der Arbeiterklasse, wirklich sei und über Grundlage entbehrte. Insbesondere lobt Wegmann für sich persönlich die Betriebsorganisationen und wies ab.

Für die praktische Durchführung der Arbeitsgemeinschaft wurde dann die Entlastung der Betriebsräte vorgenommen. Der Aufbau ist so gedacht, daß an allen Orten, wo die Arbeiter der Elektro-Industrie tätig sind, Ortskommissionen gebildet werden, die dann zu Bezirkskommissionen vereinigt werden und schließlich ihren Kopf in einem Zentralrat finden. Die nächste Körperschaft der Arbeitsgemeinschaft ist der Reichsausschuss. Die Vorarbeiten zur ordentlichen Einberufung eines der Erwählung der gesamten Industrie und der Reichskonferenz sind unternommen und werden zu diesem Zweck die Einleitung der Parteileitung sofort vorgenommen und die Ortskommissionen zum Teil schon organisiert. Derselben wurde ein Arbeitsausschuss sowie eine Kontrollkommission eingesetzt.

Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses ist Kollege Dollé, Stellvertreter Schmidt, Schriftführer Heise, Kassierer Rnappe.

Nachdem als nächster Tagesorden ein Hinweis auf andere Stellen wurde und man dem Arbeiterausschuss aufgegeben hatte, den Kongress möglichst im Januar kommenden Jahres einberufen, wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den internationalen Sozialismus geschlossen.

Im „Vorwärts“ polemisiert ein gewisser Kämpfer gegen diese Konferenz. Er haben keine Veranlassung, uns mit dessen Schreiberei zu befassen. Es möge der Hinweis genügen, daß Kämpfer seit dem Rücktritt der Gewerkschaftsleitung vom radikalsten Kommunisten zum Rechtssozialisten durchgemacht hat. Sein Mandat auf der Konferenz war angefordert worden, da er sich gedrückt hatte, er gehe nur hin, um diese zu sabotieren. Nur um nicht den Kämpfer zu erwidern, daß die Konferenz parteipolitisch sei, wurde seine Anwesenheit dort gebildet und die Unterjochung der Angelegenheit einer Kommission übertragen.

Aus der Parteipresse.

In Elbing erscheint seit 22. Oktober ein neues Organ der Unabhängigen Partei, die „Elbinger Volksstimme“. Das Blatt bringt in seiner ersten Nummer einen grundsätzlichen Artikel, der die Stellung der Unabhängigen Partei zu den Rechtssozialisten und Kommunisten klar und ruhig darlegt. Wir wünschen dem neuen Kämpfer ein gutes Gedeihen.

Der Streik der Metallarbeiter.

Bericht der Streikleitung.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium vor dem Schlichtungsausschuss, betreffs Eingruppierung der einzelnen Berufsgruppen in die vorgesehenen 5 Lohnklassen nehmen ihren Fortgang. Am Dienstag, den 23. d. M., kamen folgende Gruppen zur Verhandlung:

- Die Gruppe der Kohler vormittags 9 1/2 Uhr.
- Schmelzwerke vormittags 10 Uhr.
- Glühlampenindustrie vormittags 10 1/2 Uhr.
- Wälder vormittags 11 Uhr.
- Mechaniker, Uhrmacher, Optiker, Räder, Bräuer, vormittags 11 1/2 Uhr.

Am Donnerstag, den 30. Oktober, wird über die Gruppe der Werkzeugmacher vormittags um 9 1/2 Uhr verhandelt.

Wir ersuchen die Verhandlungskommissionen, pünktlich zu erscheinen.

Da unter den Streikenden über die aus dem Sammelfonds zu zahlenden Zuschüsse Unklarheit besteht, geben wir erneut bekannt, daß die Streikenden, die die vierte Woche streiken, 5 M. und die Streikenden der 5. Woche 10 M. erhalten. Sollte der Sammelfonds durch die noch in Arbeit stehenden Kollegen und besonders durch die Kollegen und Organisationen im Reich eine Kräftigung erfahren, werden wir die Möglichkeit haben, den Kollegen eine weitere Unterstützung zu zahlen.

Wir verweisen auf die nachfolgend veröffentlichte Mitteilung der Ortsverwaltung, wonach noch im Laufe dieser Woche die Berechnung der durch den Verhandlung beschlossenen erhöhten Streikunterstützung vor sich geht. Durch diese Nachzahlung erhalten die Streikenden einmalig diese Woche ungefähr das Dreifache ihrer bisherigen Streikunterstützung.

Die Rühlgewer-Kommission.

Die erhöhten Unterstützungssätze.

Durch die vom Verhandlung in Stuttgart beschlossene Änderung des Status treten mit rückwirkender Kraft vom 13. Oktober 1919 folgende Unterstützungssätze für Streikende und Gemahrgelte in Kraft:

Wochen	I. Klasse		Verheiratet	
	Hauptl.	Nebstl.	Hauptl.	Nebstl.
über 6 Wochen	—	10	—	10
13	15	—	15	—
20	30	5	30	5
30	30	6	30	6
156	30	7	30	7
308	30	8	30	8

II. Klasse (ist mit Klasse III vereinigt).

Wochen	Unverheiratet		Verheiratet	
	Hauptl.	Nebstl.	Hauptl.	Nebstl.
über 6 Wochen	—	7	—	7
13	15	—	15	—
20	15	3.50	15	3.50
30	15	—	15	—
156	15	3.50	15	3.50
308	15	—	15	—

Männliche Mitgl. der bisherigen II. Klasse erhalten für die Frau 6 M. zu den oben stehenden Sätzen.

III. Klasse

über 26 Wochen 12 M. aus der Hauptklasse.

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Das doppelte Gesicht.

Wie wenig die Laten des Unternehmertums mit ihren vor der Öffentlichkeit mit feierlicher Geste abgegebenen Beteuerungen ihrer sozialen Einsicht und ihrer Bereitwilligkeit zu ehrliegender Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten übereinstimmen, zeigt das Protokoll einer Verhandlung der Berliner Fertigungsfirmen. In der Sitzung, die in den letzten Tagen stattfand, waren die bedeutendsten Firmen der Branche vertreten, und unter ihren Vorschlägen verdienen einige, in das Licht der Öffentlichkeit gerückt zu werden, obwohl sie nicht dafür bestimmt sind. Es heißt da z. B.: "Die wegen Streiks bei einer der obigen (an der Sitzung beteiligten) Firmen entlassenen Arbeiter dürfen bei keiner anderen der obigen Firmen eingestellt werden." Und weiter: "Sprüher, die bisher bei einer der obigen Firmen tätig waren, dürfen von einem anderen Firma nur im Einvernehmen mit der bisherigen Arbeitgeberin eingestellt werden." Und drittens: "Jede der obigen Firmen verpflichtet sich, nach Beendigung des Streiks den Afford für Sprüher wieder einzuführen bezw. den bestehenden Afford nicht abzuschaffen."

Während also vor dem Schlichtungsgericht Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und Unternehmern der Metallindustrie geführt werden, um die Aufnahme der Arbeit unter Wiedereinstellung aller freizulassen, während man sich dort bemüht, die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit so zu gestalten, daß jeder störende und veräbernde Nachklang der Bewegung, wie z. B. die Maßregelung von Vertrauensleuten usw., vermieden wird, sehen wir hier, wie eine Unternehmergruppe in geheimer Beratung Vorbereitungen zur Verfeinerung bestimmter Arbeiter trifft. Wir glauben nicht, daß das Vertrauen der Arbeiterkraft zu den Verhandlungen vor dem Schlichtungsgericht und zu dem Willen der Unternehmer sich an die Entscheidungen der Schlichtungsrichter zu halten, durch solche Hinterhältigkeiten gefördert wird.

Sympathieundgebungen.

Der Vorstand der Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen drückt den freilich wohlwollenden, aber in ihrem Kampf gegen die kapitalistischen Interessen keine wahrhafte Sympathie aus. Der Vorstand fordert seine Mitglieder zur Unterstützung der wirtschaftlichen Lage der kriegsbedingten Arbeiter zum Kauf von Eisenwaren auf.

Abende der Metallindustrie

Die Sitzung der Abende findet heute, Dienstag, früh 9 Uhr im großen Saal der Sophienstraße statt.

Ankündigungen.

Welt u. Schmelz, Dienstag nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 2. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 3. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission.

H. Berthel, Dienstag nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 2. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 3. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission.

H. Kratt, Dienstag nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 2. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 3. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission.

H. Kratt, Dienstag nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 2. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 3. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission.

H. Kratt, Dienstag nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 2. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 3. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission.

H. Kratt, Dienstag nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 2. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 3. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission.

H. Kratt, Dienstag nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 2. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission. 3. Bericht über die Tätigkeit der Betriebskommission.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Herrenmahlhändler.

In einer Versammlung der streikenden Herrenmahlhändler wurde am Montag nachmittags 2 Uhr ein Bericht über die Streiklage. Es heißt dort, daß die Unternehmern sehr schnell zu Kreuze gekommen seien. Es handele sich lediglich um noch darum, die einzelnen Geschäfte in den verschiedenen Klassen unterzubringen. Die Fragen der Wägen und Überbrücken sollen von den Hauptvorständen erledigt werden. Zur Geschäftseinstellung sei Montag eine Kommission aus je 5 Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengestellt. Lediglich durch die Verschleppungslast der Unternehmern sei es zum Streik gekommen. In der anschließenden Diskussion wurde nachdrücklich gefordert, daß die Unternehmern die Streiklage zu begreifen hätten. In dieser Frage wurde ein Antrag dahingehend angenommen, daß die Unternehmern, so sie allein den Streik verschuldet haben, sämtliche Streikstage zu bezahlen hätten, sofern der Streik länger als drei Tage dauert. Ferner gelangte zum Schluß der Versammlung folgende Resolution zur Annahme:

Es wird von den Arbeitnehmern gefordert, die Wägen der durch den Streik geschädigten gewerkschaftlichen Betriebsräte möglichst schnell nach Wiederaufnahme der Arbeit, spätestens aber innerhalb eines Zeitraumes von 4 Wochen nach derselben, vorzunehmen zu lassen.

Zum Streik im Eisenhandel

Es zu beachten, daß die Unternehmern am gestrigen Tage bei der Lohnauszahlung allen streikenden Arbeitern die Rückzahlung resp. Entlassung gestatten wollten. Die Arbeiter haben sich aber dadurch nicht einschüchtern lassen. 2 über berichten in einer Anzahl Firmen die kaufmännischen Angestellten Streikarbeit; bei einer Firma mitten sie sogar die Pfe beschuldigen. Eine Anzahl Firmen des Arbeitgeberverbandes versuchen ihre Arbeiter dadurch zu warnen, daß sie ihnen anbieten, die Arbeit aufzunehmen, sie würden dann nach der Lohnauszahlung alles was dort fehlte würde nachzahlen. Also eine niedliche Aufforderung zum glatten Streikbruch. Auch an die Expeditionsbüros wird hiermit die Aufforderung gerichtet, Streikfahrten abzuzeichnen und anständig Soldat zu machen.

Die Sicherheitswehr bemüht sich ebenfalls ihre Gefährdungsbereitschaft dadurch nachzuweisen, daß sie nicht nur die Streikenden an ihrer Tätigkeit hindert, sondern die der Firma Vordere u. Jürgens sogar die Waggons entleert und Streikarbeit verrichtet. Auch die Eisenbahnverwaltung läßt durch ihre Arbeiter Streikarbeit verrichten.

Lohnbewegung in den Schuhhäusern.

Die Lage der kaufmännischen Angestellten in den Schuhgeschäften ist eine sehr traurige, sind doch Gehälter von 125 M. bis 100 M. und darunter keine Seltenheit. Demgegenüber haben die großen Gewinne der Schuh, die sich trotz der Zwangswirtschaft während des Krieges gesammelt haben und zum Teil Millionen erreicht sind.

Bis jetzt haben die Inhaber der Schuhhäuser die Annahme des Tarifes im Einzelhandel abgelehnt mit der Begründung, derselbe nehme nicht Rücksicht auf die Kollage und die besorgten Verhältnisse im Einzelhandel. Jetzt aber, wo die Angestellten einen Tarif ausgearbeitet haben, der den besonderen Verhältnissen im Einzelhandel Rechnung trägt, wollen sie auf einmal den Tarif im Einzelhandel, natürlich mit Verschleppungen, annehmen. Davon kann keine Rede sein. Die Angestellten der Branche sind gut organisiert und eine kürzlich stattgefundene Versammlung ließ erkennen, daß sie nicht geneigt sind, länger diese unzumutbaren Verhältnisse, unter denen sie genommen sind, übermäßig zu dulden, nur um nach zu dem kürzlichen Verlust einige Brämen hinzuzufügen, zu extrahieren. In einer fast einstimmig angenommenen Resolution verpflichteten sie sich, soweit das noch nicht geschehen ist, dem Zentralverband der Angestellten beizutreten. Der Tarifvertrag im Einzelhandel wurde abgelehnt.

Neuer Lohnsatz für Mühlenarbeiter.

In einem vom 22. Oktober datierten Schreiben teilen die Mühlenarbeiter dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter Groß-Berlin mit, daß sie jetzt gemäß sind, dem vom Schlichtungsausschuss am 23. September gefällten Schlichtungsbescheid zustimmen zu erklären und sich demselben zu unterwerfen.

Damit treten die vom Schlichtungsausschuss festgelegten Lohnsätze rückwirkend vom 15. September ab in Kraft.

Der wöchentliche Mindestlohn beträgt von nun ab für Kolonnenführer, Wägen, auch wenn sie als Forder tätig sind, Feiger und Wägenführer, Handwerker aller Art und Wägenführer 117.50 M., ungelernete Arbeiter: Forderarbeiter, die polenmäßig Sätze tragen, Forderarbeiter, Kolonnenführer usw. 112.50 M., Frauen 70 M. Für Reifeinigungsarbeiten im Innern des Refektoriums ein Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde, Bereich

Stehende höhere Löhne werden in der bisherigen Höhe fortbezahlt. Überstunden werden in der Woche mit 25 und Sonntags mit 50 Proz. Zuschlag zum regulären Lohn bezahlt.

Beendete Lohnbewegung in den Spritzfabriken.

Zur Beilegung der Streitigkeiten fand im Beisein der Lohnkommission des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes und der Spritzfabrikanten der dem Demobilisierungsausschuss eine Sitzung statt. Folgender Vergleich kam zustande: Der Schlichtungsbescheid des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 15. September wird anerkannt. Die Löhne betragen demnach für alle Kategorien einschließlich Apparateführer mindestens 115 M. und ungelernete 110 M., rückwirkend ab 15. Juni 1919.

Durch Erfolg dieser Vereinbarung erhalten die in dem Spritzfabriken beschäftigten Arbeiter eine durchschnittliche Lohnaufbesserung von 30 bis 35 M.

Zur Lohnbewegung in der Kfz-Branche.

Eine überaus hartnäckige Versammlung der Arbeiter, Arbeiterinnen und Auslöser aus den Kfz- und Brauereibetrieben nahm Stellung zu dem neuen Lohnabkommen, welches mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen worden ist. Neben dem vom Transportarbeiterverband beschickten Vertreter, daß die Unternehmern eine Wirtschaftskrise zu gewahren grundsätzlich abgelehnt haben. Die Versammelten waren darüber sehr unzufrieden, erklärten sich jedoch nach längerem und heftigen Ausschüssen bereit, dem neuen Lohnabkommen zuzustimmen. Besetzt werden ab 1. September 1919: für männliche Arbeiter vom vollendeten 20. Lebensjahre bei der Einstellung 100 M., nach vierjähriger Berufstätigkeit 105 M., nach einjähriger Berufstätigkeit 115 M. Für Auslöser in dem gleichen Zeitraum 110, 115, 125 M. für Arbeiterinnen vom vollendeten 18. Lebensjahre bei der Einstellung 85 M., nach vierjähriger Berufstätigkeit 70 M., nach einjähriger Berufstätigkeit 75 M. Die Auslöser erhalten 10 Prozent mehr. Den Eingehüllten, welche bereits in anderen Betrieben nachweislich tätig waren, erhalten ihre früheren Dienstlohn angerechnet. Das Lohnabkommen gilt bis 31. März 1920.

Die anschließenden Vereinbarungen sind im Druck erschienen und können im Verbandsbüro, Engelstr. 15, nach Vorlegung des Mitgliedsbuches in Empfang genommen werden.

Lohnbewegungen der Wachangestellten.

Von dem Reichsverband „Red-Bl.“, Berlin, Friedrichstr. 12, ist rückwirkend ab 1. Oktober der Tarif anerkannt worden.

Es stellt sich mit dem Reichsverband der Grundbesitzervereine des Groß-Berliner Bezirks, Berlin, Frankfurter Allee 32, ab ab 1. Oktober, ein neuer Tarif zum Abschluß gelangt. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Section 7, Branche der Bäcker, W. 62, Bayreuther Str. 31.

Eine Krankheitsversammlung der Metall- und Revolverarbeiter sowie Arbeiterinnen erlosch nach einem Bericht des Kollegen Gählinger auf das kürzlich demgegenüber, daß immer und immer wieder bei irgend einem angeblichem Streik der Metallarbeiter durch besondere Grasse bemerkbar zu machen versucht. Auch protestierten sämtliche Metallarbeiter gegen einseitig gegen die von den Unternehmern gezielte Einstellungsmethode, wobei die Betriebsvereine sowie Arbeitervereine, die bei der Wiedereinstellung nach Beendigung des Streiks chemisch unbedenklich stellen sollen. Sie erklärten, da sie geschlossen den Streik verlassen haben, sie auch dafür sorgen würden, daß nur geschlossenen die Arbeit wieder aufzunehmen ist. Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme.

Eine gut besuchte Versammlung aller in den Schenkensbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm nach eingehendem Bericht über die letzten Verhandlungen vor dem Schlichtungsgericht einstimmig eine Resolution an, worin schärfer Protest erhoben wird gegen die Absicht der Unternehmern, die Arbeiter- und Betriebsräte nicht wieder einzustellen; sie sind geneigt, nicht aber die Arbeit aufzunehmen, bevor nicht die Unternehmern diesen ihren Entschluß aufgegeben haben. Der Rühlgewer-Kommission sprach die Versammlung ihr Vertrauen aus.

In der Mitgliederversammlung der Dohdecker am 10. d. M. hielt Genosse Schlegel einen Vortrag über das Mühseligem, der mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in der sich die meisten Redner in zunehmendem Maße des Vortrages anfertigen. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Es wurden dann die Verhandlungsstellen eines 2. Vorsitzenden und eines Schriftführers besetzt. Zum 2. Vorsitzenden wurde Franz Trautner gewählt und zum Schriftführer wurde. Dann wurde die Tagesordnung darauf aufgestellt, daß sich der Bundesrat bei den Dohdecker und Mühlenarbeitern wie im Brauereigewerbe, vom 1. Oktober ab in allen Stufen um 40 Pfennig erhöhen soll, wenn die Arbeiter sich weigern, den festgesetzten Lohn nachzugeben und ihre Arbeiter beständig einzulassen, so sollen sie dem Kollegen Stolzenhain sofort Mitteilung davon machen, damit der Kampfweg beschritten werden kann. In dieser Angelegenheit möchten die Kollegen sich immer in der Zeit zwischen 4 bis 7 Uhr im Bureau treffen. Die Unternehmern haben in ihrer Versammlung am 13. Oktober beschlossen, die Löhne von 40 Pf. pro Stunde erst vom 20. Oktober ab zu bezahlen. Der Schlichtungsausschuss für das Dohdeckergewerbe von Groß-Berlin beschloß sich am 24. Oktober in einer Sitzung unter dem Vorsitz des Herrn Rechtsanwalts Erich Schöns als unparteiischen Vorsitzenden mit dieser Angelegenheit. Im Schlichtungsprotokoll wurde gegen den Beschluß der Unternehmern als erster Schritt der 1. Oktober anerkannt. Durch den Beschluß der Mitgliederversammlung wurde der Mitarbeiter Will Reble wegen unzulässigen Vortrages aus dem Verbande ausgeschlossen.

Transportarbeiter-Verband — Chemische Branche. Für folgende Gruppen sind Einheitsverträge abgeschlossen: Kupferarbeiter, gültig ab 1. Juli 1919; Chemischer Großhandel, gültig ab 1. Juni 1919; Chemische Industrie, gültig ab 23. Juni 1919; Oele, Fett, gültig ab 1. Juni 1919; Verleumdungsstoffe, gültig ab 1. August 1919; Chemische, gültig ab 1. Juni 1919. Die Verträge sowie weitere Auskunft sind im Verbandsbüro, Engelstr. 14/15, 2. Etz., Zimmer 33, einzuholen.

Bei der Firma Großmann, Siegenwäldchen Weipensee, Charlottenburger Str. 58, herrscht immer noch eine Arbeitszeit

Ein praktisches Buch

ist der

U. S. P. D.

Taschenkalender

Preis 2 Mark

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. Abt. Buchhandel Berlin NW 6

